



# Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 14/2005–2006

Inhalt	Seite
20. Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes und der kantonalen Jagdverordnung.....	1235



## Inhaltsverzeichnis

<b>20.</b>	<b>Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes und der kantonalen Jagdverordnung</b>	
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	1235
<b>II.</b>	<b>Gründe für die Gesetzesrevision</b> .....	1236
<b>III.</b>	<b>Vernehmlassungsverfahren</b> .....	1237
	1. Vorgehen und Rücklauf .....	1237
	2. Beurteilung der Vorlage .....	1237
	2.1 Verweigerungsgründe für den Bezug des Jagdpatentes .....	1238
	2.2 Dauer der Hochjagd .....	1238
	2.3 Verlängerung oder Wiederaufnahme der Hochjagd ...	1238
	2.4 Einschiessen der Jagdwaffen .....	1238
	2.5 Ertrag Jagdregal .....	1238
	2.6 Patentgebühren .....	1239
	2.7 Herabsetzung des Mindestalters für die Jagdausübung .....	1239
	2.8 Eignungsprüfung .....	1239
<b>IV.</b>	<b>Schwerpunkte der Revision</b> .....	1240
<b>V.</b>	<b>Erläuterungen zur Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes</b> ...	1240
	Steinwildjagd .....	1240
	Jagdberechtigung, Geltungsbereich des Jagdpatentes .....	1241
	Verweigerungsgründe .....	1242
	Jagdzeiten, Abschusspläne .....	1243
	Schontage .....	1245
	Jagdwaffen, Einschiessen der Jagdwaffen .....	1245
	Jäger mit einer Behinderung .....	1246
	Ertrag des Jagdregals .....	1246
	Patent- und Abschussgebühren .....	1249
	Kosten für Dienstleistungen .....	1250
	Selbsthilfe .....	1250
	Abwehrmassnahmen .....	1250
	Eignungsprüfung .....	1251
	Aufsichtsorgane .....	1252
	Nebenstrafe .....	1252
	Änderung bisherigen Rechts .....	1252

<b>VI.</b>	<b>Erläuterungen zur Teilrevision der kantonalen Jagdverordnung .</b>	1253
<b>VII.</b>	<b>Personelle und finanzielle Auswirkungen der Revisionsvorlage ..</b>	1253
<b>VIII.</b>	<b>Berücksichtigung der VFRR-Grundsätze.....</b>	1253
<b>IX.</b>	<b>Anträge .....</b>	1254

## Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

20.

### **Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes und der kantonalen Jagdverordnung**

Chur, 29. August 2005

Sehr geehrter Herr Landespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen hiermit die Botschaft und den Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über die Jagd und den Wildschutz im Kanton Graubünden (Jagdgesetz) sowie für eine Teilrevision der kantonalen Jagdverordnung.

#### **I. Ausgangslage**

Das revidierte eidgenössische Jagdgesetz ist anfangs 1988 in Kraft getreten. Im Anschluss daran erfolgte auch eine Totalrevision des kantonalen Jagdgesetzes. Dieses Gesetz wurde gestaffelt in Kraft gesetzt und gilt seit 1. September 1989 bzw. 1. April 1990. Eine der zentralen Neuerungen dieser Gesetzesrevisionen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene war die Einführung der Jagdplanung. Damit wurden die Nachhaltigkeit und die Ökologie stärker gewichtet und das Wild ins Zentrum der Betrachtungsweise gerückt.

Im Kanton Graubünden wurde die Jagdplanung beim Steinwild im Jahre 1977, beim Hirschwild im Jahre 1987, beim Gämswild im Jahre 1990 und beim Rehwild im Jahre 1998 eingeführt und aufgrund der gemachten Erfahrungen laufend weiterentwickelt. Dabei zeigte sich, dass naturnahe Hirsch- und Rehwildbestände mit der Hochjagd allein nicht reguliert werden können. Diese Bestände vermehren sich nämlich jährlich um rund ein Drittel. Die Zielsetzung besteht darin, diese Bestände soweit möglich während der ordentlichen Hochjagd auf ein tragbares Mass zu reduzieren. Die notwendige Stabilisie-

rung der Hirsch- und Rehwildbestände erfordert jedoch den Abschuss von Mutter- und Jungtieren durch eine ergänzende Herbstjagd in den Monaten November und Dezember. Dabei sind auch die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Eine wichtige Aufgabe erfüllt die Jagdplanung aber auch in Bezug auf die Niederjagd. Für diese Jagd muss mit der Planung sichergestellt werden, dass keine Wildart durch die Jagd in ihrem Bestand gefährdet wird. Dazu hat das Amt für Jagd und Fischerei in Zusammenarbeit mit der Jägerschaft und Ornithologen Überwachungsprogramme entwickelt. Diese finden heute über die Kantonsgrenzen hinweg breite Anerkennung.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die gesetzten Ziele mit den angepassten Bejagungskonzepten weitgehend erreicht werden konnten. Graubünden weist heute gesunde, den regionalen Verhältnissen angepasste und natürlich strukturierte Wildbestände auf. Ebenso konnten die Fallwildverluste merklich vermindert und die Wildschäden im Wald und an landwirtschaftlichen Kulturen auf ein tragbares Mass reduziert werden. Überdies werden mit der Bündner Patentjagd konstant hohe Jagdstrecken erreicht.

## **II. Gründe für die Gesetzesrevision**

Ausgangspunkt für die vorliegende Gesetzesrevision bilden in erster Linie drei parlamentarische Vorstösse. Angepasst werden aber auch einzelne Bestimmungen, welche sich im Vollzug nur teilweise bewährt haben.

In der Februar/März-Session 1995 überwies der Grosse Rat mit 94 zu 6 Stimmen ein Postulat von Grossrat Beeli betreffend eine flexible Bündner Patentjagd (GRP 1994/1995, S. 646 f., 927 ff.). Darin wurde die Regierung ersucht, im Hinblick auf eine allfällige Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes eine grössere zeitliche und regionale Flexibilität bei der Ansetzung der Jagdzeiten und eine weitere Entkriminalisierung der Jagd zu prüfen sowie die nötigen Massnahmen zur Sanierung des Jagdregals zu ergreifen.

Eine von Grossrat Keller eingereichte Motion, welche darauf abzielte, das Mindestalter für die Ausübung der Jagd auf 18 Jahre und das Mindestalter für die Anmeldung zur Eignungsprüfung auf 17 Jahre festzulegen, wurde vom Grossen Rat in der Oktober-Session 1999 mit 78 zu 2 Stimmen in der unverbindlicheren Form des Postulates überwiesen (GRP 1999/2000, S. 19, 298, 483). Im Rahmen ihrer Antwort erklärte sich die Regierung bereit, dieses Anliegen zu prüfen und in Kenntnis des Vernehmlassungsergebnisses eine abschliessende Beurteilung vorzunehmen.

In der Oktober-Session 2003 überwies der Grosse Rat mit 85 zu 0 Stimmen eine Motion von Grossrat Brunold betreffend Totalrevision des kantonalen Jagdgesetzes (GRP 2002/2003, S. 781; GRP 2003/2004, S. 375, 428 f.).

Einen Handlungsbedarf ortete der Motionär insbesondere im Bereich des Jagdregals, bei der Festlegung der Jagdzeiten sowie bezüglich der Entkriminalisierung der Jagd. In ihrer Antwort zu dieser Motion hielt die Regierung fest, dass das kantonale Jagdgesetz im Rahmen einer Revision weiterzuentwickeln sei. An Stelle einer Totalrevision des Gesetzes sei aber auch eine auf die wichtigsten Revisionspunkte beschränkte Teilrevision des Jagdrechtes ins Auge zu fassen.

Anfangs 2004 unterbreitete die Regierung dem Grossen Rat eine Botschaft, welche eine Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes beinhaltete (Botschaften 2003/2004, S. 607 ff.). Gegenstand dieser Revision bildete im Wesentlichen die Einführung eines Ordnungsbussenverfahrens für einfache Jagdrechtsübertretungen. Dieser Neuerung stimmte der Grosse Rat in der April-Session 2004 mit 93 zu 0 Stimmen zu (GRP 2003/2004, S. 724, 747 ff., 766 ff.). In der Folge hat die Regierung diese Teilrevision auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt. Mit dieser Anpassung des kantonalen Jagdrechtes konnte in Übereinstimmung mit den entsprechenden Aufträgen des Grossen Rates eine weitgehende Entkriminalisierung der Jagd erreicht werden. Das im Jahre 2004 erstmals angewandte Ordnungsbussenverfahren hat sich denn auch in der Praxis bewährt.

### **III. Vernehmlassungsverfahren**

#### **1. Vorgehen und Rücklauf**

Unter Federführung des Bau-, Verkehrs- und Forstdepartementes wurde die Vernehmlassung zur Teilrevision der kantonalen Jagdgesetzgebung nach Freigabe durch die Regierung am 11. Februar 2005 eröffnet. Eingeladen wurden alle Gemeinden, die kantonalen politischen Parteien, verschiedene Verbände und Interessensorganisationen, das Kantonsgericht und die Staatsanwaltschaft sowie alle kantonalen Departemente und die Standeskanzlei.

Insgesamt gingen 60 Stellungnahmen ein, wobei sich verschiedene Vernehmlasser nur in grundsätzlicher Hinsicht oder zu einzelnen Teilen der Revisionsvorlage äusserten.

#### **2. Beurteilung der Vorlage**

In den Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf betreffend die Revision der kantonalen Jagdgesetzgebung wurden acht Revisionssschwerpunkte definiert. Diese sind von den Vernehmlassern wie folgt beurteilt worden:

## ***2.1 Verweigerungsgründe für den Bezug des Jagdpatentes***

Eine Mehrheit der Vernehmlasser befürwortet eine Straffung bei den Verweigerungsgründen. Für die vollständige oder teilweise Beibehaltung des geltenden Rechtes haben sich indessen mehrere Gemeinden ausgesprochen. Im Vordergrund steht dabei vor allem die Beibehaltung der Regelungen betreffend Unterhalts- und Unterstützungspflichten sowie betreffend Steuern und Wehrpflichtersatz.

## ***2.2 Dauer der Hochjagd***

Eine Vorverlegung der Hochjagd im September findet breite Zustimmung. Ebenso hat sich eine klare Mehrheit der Vernehmlasser für einen Jagdunterbruch ausgesprochen. Unterschiedliche Auffassungen herrschen hingegen über das Ende der Hochjagd. Für den 26. September werden die Konflikte mit der Hirschbrunft als Argument ins Feld geführt. Der 30. September wird demgegenüber mit der Begründung bevorzugt, dies schaffe eine grössere Flexibilität bei der Ansetzung der Jagdzeiten.

## ***2.3 Verlängerung oder Wiederaufnahme der Hochjagd***

Nach geltendem Recht kann die Hochjagd über den 30. September hinaus verlängert oder nach einem Jagdunterbruch im Spätherbst wieder aufgenommen werden. Im Rahmen des Vernehmlassungsentwurfes wurde vorgeschlagen, diese Bestimmung aufzuheben. Dieser Vorschlag wird einhellig befürwortet.

## ***2.4 Einschiessen der Jagdwaffen***

Die Pflicht zum Einschiessen der Jagdwaffen findet breite Zustimmung. Zahlreiche Vernehmlasser fordern jedoch, dass der Jäger auch den Nachweis über die erfüllte Schiesspflicht zu erbringen hat. Klar abgelehnt wird demgegenüber die Vorgabe eines zwingenden Leistungsziels wie etwa eine minimale Punkte- oder Trefferzahl.

## ***2.5 Ertrag Jagdregal***

Die Absicht, wonach die Einnahmen aus der Jagd hauptsächlich für Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Jagdwesen verwendet werden sollen und gemeinwirtschaftliche Leistungen anderweitig zu finanzieren sind,

findet weitgehende Zustimmung. Zahlreiche Vernehmlasser weisen jedoch darauf hin, dass auch mit diesem Finanzierungskonzept die nötigen Mittel für die Verhütung oder Behebung von Wildschäden bereitgestellt werden müssen. Einzelne Vernehmlasser haben sich dafür ausgesprochen, von den Grossraubtieren Wolf und Luchs verursachte Schäden an Nutztieren inskünftig über den allgemeinen Staatshaushalt abzugelten.

## ***2.6 Patentgebühren***

Die flexible Ausgestaltung des Gesetzestextes bei der Festsetzung der Patentgebühren für ausserkantonale Jäger wird ausdrücklich befürwortet. Diese Feststellung gilt auch für die an das bisherige Recht angelehnte Abstufung der Patentgebühren. Klar abgelehnt werden Abschussgebühren für auf der Hochjagd erlegtes Wild.

## ***2.7 Herabsetzung des Mindestalters für die Jagdausübung***

Die Herabsetzung des Mindestalters auf 18 Jahre für die Zulassung zur Eignungsprüfung und auf 19 Jahre für die Ausübung der Jagd wird klar befürwortet. Gegen diese Anpassung des kantonalen Jagdgesetzes haben sich einzig zwei Vernehmlasser ausgesprochen. Diese befürchten, diese Neuerung führe zu einer unerwünschten Zunahme der Anzahl Jäger.

## ***2.8 Eignungsprüfung***

Jäger, welche im In- oder Ausland eine den Anforderungen des Kantons Graubünden gleichwertige Jagdschiessprüfung bestanden haben, können laut Vernehmlassungsentwurf von der kantonalen Waffen- und Schiessprüfung entbunden werden. Diese Erleichterung für auswärtige Jäger ist ebenfalls auf breite Zustimmung gestossen. Eine weitergehende Regelung, welche auf die Anwendung des Gegenrechtsprinzips unter den Kantonen oder auf die Einführung eines Gästepatentes abzielte, hat in der Vernehmlassung nur vereinzelt Gehör gefunden.

Ausgehend vom Vernehmlassungsergebnis ist die Revisionsvorlage überarbeitet worden. Dabei sind berechnete Anliegen berücksichtigt und die acht Revisionschwerpunkte entsprechend angepasst worden. Darauf wird nachfolgend sowie im Einzelnen auch im Rahmen der Kommentierung der Gesetzesartikel näher eingegangen.

## **IV. Schwerpunkte der Revision**

1. Die Gründe für die Verweigerung des Jagdpatentes werden im Wesentlichen auf Sachverhalte beschränkt, welche im Zusammenhang mit der Jagdausübung stehen.
2. Die ordentliche Hochjagd wird im Monat September angesetzt. Sie dauert höchstens 21 Tage mit der Möglichkeit, die Jagd für die Dauer von mindestens drei aufeinander folgenden Tagen zu unterbrechen.
3. Die bisher in Art. 11 Abs. 4 des kantonalen Jagdgesetzes (KJG; BR 740.000) vorgesehene Möglichkeit, die Hochjagd zu verlängern oder nach einem Unterbruch wieder aufzunehmen, wird fallengelassen.
4. Die Jäger werden verpflichtet, ihre Jagdwaffen jeweils vor Jagdbeginn einzuschossen. Überdies kann die Regierung anordnen, dass die Jäger einen Nachweis über die erfüllte Schiesspflicht zu erbringen haben.
5. Der Ertrag aus den Patent- und Abschussgebühren sowie aus den weiteren Einnahmen aus der Jagd hat mindestens die Aufwendungen des Jagdwesens zu decken.
6. Für Jäger ohne Wohnsitz im Kanton wird ein Mindest- und ein Höchstansatz für die Erhebung der Patentgebühren festgelegt.
7. Das Mindestalter für die Ausübung der Jagd wird auf 19 Jahre und das Mindestalter für die Anmeldung zur Eignungsprüfung auf 18 Jahre herabgesetzt.
8. Jäger, welche im In- oder Ausland eine den Anforderungen des Kantons Graubünden gleichwertige Jagdschiessprüfung bestanden haben, können von der kantonalen Waffen- und Schiessprüfung entbunden werden.

## **V. Erläuterungen zur Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes**

### **Art. 4 Abs. 1, Art. 5 Abs. 3, Art. 11 Abs. 2 Lit. b, Art. 21b Steinwildjagd**

Die Bejagung des Steinwildes wird derzeit in der regierungsrätlichen Verordnung über die Regulierung der Steinwildbestände (KVRS; BR 740.330) geregelt. Die Grundzüge der Steinwildjagd sind neu auf Gesetzesstufe festzulegen. Demzufolge bildet die Steinwildjagd eine eigenständige Jagdart (Art.

4 Abs. 1 EKJG<sup>1</sup>), welche wie bis anhin jeweils im Monat Oktober stattfindet (Art. 11 Abs. 2 Lit. b EKJG). In Übereinstimmung mit der geltenden Regelung (vgl. Art. 4 Abs. 1 Lit. a KVRs) setzt die Berechtigung für die Anmeldung zur Steinwildjagd voraus, dass der betreffende Jäger insgesamt mindestens fünf Jahre die Bündner Hochjagd ausgeübt hat (Art. 5 Abs. 3 EKJG). Dabei kann die Regierung aufgrund der Zahl des zu erlegenden Steinwildes und der Grösse des Jagdgebietes die Gültigkeit des Steinwildjagdpatentes auf bestimmte Gebiete beschränken und die Anzahl der Jagdpatente begrenzen (Art. 5 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 11 Abs. 5 EKJG). Diese Einschränkungen entsprechen materiell den geltenden Art. 13 und Art. 14 der kantonalen Jagdverordnung (KJV; BR 700.010). Für die Ausübung der Steinwildjagd hat der Jäger sodann eine Patentgebühr von mindestens 100 Franken und höchstens 200 Franken zu entrichten (Art. 21b Abs. 1 EKJG). Die Abschussgebühr beträgt für eine Steingeiss sowie für ein- bis dreijährige Böcke höchstens 200 Franken, für vier- und fünfjährige Böcke höchstens 400 Franken und für sechsjährige und ältere Böcke höchstens 700 Franken (Art. 21b Abs. 2 EKJG). Ausgehend vom geltenden Recht wird die Patentgebühr somit unverändert übernommen und der Rahmen für die Festlegung der Abschussgebühren nur geringfügig erhöht (vgl. Art. 19 KVRs).

#### **Art. 5 und Art. 6 Jagdberechtigung, Geltungsbereich des Jagdpatentes**

Das Mindestalter für die Ausübung der Jagd wird auf 19 Jahre herabgesetzt. Dabei ist neu der Jahrgang und nicht mehr das erfüllte Lebensjahr massgebend. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Herabsetzung des Mindestalters auf 18 Jahre geprüft. Laut eidgenössischem Waffengesetz (WG; SR 514.54) dürfen jedoch Personen, welche das 18. Altersjahr noch nicht vollendet haben, keine Waffen erwerben (Art. 8 Abs. 2 Lit. a WG). Dazu gehört auch der so genannte Besitzeserwerb. Eine Herabsetzung des Mindestalters für die Jagdausübung auf 18 Jahre müsste daher wiederum an das erfüllte Altersjahr anstatt an den Jahrgang anknüpfen (vgl. dazu auch Bemerkungen zu Art. 36 und Art. 36a EKJG).

Gemäss Art. 6 Abs. 2 KJG darf die Pass- und Fallenjagd nur von Inhabern eines Hoch- oder Niederjagdpatentes ausgeübt werden. Die Bestimmung, wonach Inhaber dieser Patente die Pass- und Fallenjagd unentgeltlich ausüben dürfen, wird beibehalten. Diese Regelung gilt neu entsprechend dem Antrag mehrerer Vernehmlasser auch für Jäger, welche nur die Steinwildjagd ausüben. Dies deshalb, weil zahlreiche Steinwildjäger auf die Ausübung der

---

<sup>1</sup> Die mit EKJG zitierten Artikel beziehen sich auf den Gesetzestext gemäss Botschaft vom 29. August 2005.

Hochjagd verzichten.

Eine weitere Neuerung gilt für Jäger, welche im betreffenden Jahr an der Hoch-, Steinwild- oder Niederjagd nicht teilgenommen haben. Diese dürfen die Pass- und Fallenjagd ebenfalls ausüben, müssen jedoch hierfür aus Haftpflichtgründen eine entsprechende Bewilligung lösen.

### **Art. 7 Verweigerungsgründe**

Das geltende Jagdrecht nennt in Art. 7 Abs. 1 KJG zahlreiche Verweigerungsgründe für die Abgabe des Jagdpatentes. Diese weitgefaste Bestimmung hat sich in der Praxis nur teilweise bewährt. Was beispielsweise unter dem Begriff der «selbstverschuldeten Bedürftigkeit» zu verstehen ist, bildet eine Ermessensfrage, welche sich nur mit einem unverhältnismässigen Aufwand schlüssig beantworten lässt. Neben solchen Vollzugsschwierigkeiten führt die geltende Regelung bei der Jägerschaft aber auch häufig zu Rechtsunsicherheiten. Die Angaben bezüglich der Verweigerungsgründe beruhen nämlich auf einer Selbstdeklaration der Jäger. Bei komplexen Sachverhalten sind diese in der Regel gezwungen, einen Rechtsbeistand zur Klärung ihrer Jagdberechtigung beizuziehen. Laut Vernehmlassungsentwurf war deshalb vorgesehen, die Verweigerungsgründe ausschliesslich auf Sachverhalte zu beschränken, welche mittelbar oder unmittelbar im Zusammenhang mit der Jagdausübung stehen. Dieses Vorgehen ist indessen bei mehreren Gemeinden nicht auf ungeteilte Zustimmung gestossen. Daher werden die Verweigerungsgründe betreffend Unterhalts- und Unterstützungspflichten (Art. 7 Abs. 1 Lit. b KJG) sowie betreffend Steuern und Wehrpflichtersatz (Art. 7 Abs. 1 Lit. c KJG) beibehalten.

Nach geltendem Recht befindet der Richter im Rahmen eines Strafverfahrens, ob ein Täter eine vorsätzliche Tierquälerei begangen hat. Sofern dies zutrifft, hat das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement im Rahmen eines nachfolgenden Administrativverfahrens den Täter für die Dauer von 2 bis 10 Jahren von der Jagdberechtigung auszuschliessen (Art. 7 Abs. 1 Lit. h in Verbindung mit Art. 7 Abs. 4 KJG). Diese verfahrensmässig unnötige Doppelspurigkeit wird beseitigt. Neu hat der Strafrichter beim Vorliegen des Tatbestandes der vorsätzlichen Tierquälerei gleichzeitig auch über die Dauer des Ausschlusses von der Jagdberechtigung zu befinden (vgl. Art. 48 Abs. 1 Lit. a EKJG). Materiell wird den Anliegen des Tierschutzes – entgegen entsprechenden Befürchtungen – somit die gleiche Bedeutung beigemessen wie nach geltendem Jagdrecht.

## **Art. 11 Jagdzeiten, Abschusspläne**

### **1. Hochjagd**

#### ***1.1 Allgemeine Ausführungen***

Eine gesetzliche Neuordnung der Jagdzeiten im September muss mehreren Anforderungen genügen. Aus wildbiologischen Überlegungen ist vermehrt Rücksicht auf die Paarungszeit des Hirschwildes zu nehmen. Sodann soll die Hochjagd so wenig Störungen wie möglich verursachen. Ebenso muss die heutige Effizienz der Bejagung beibehalten bzw. nach Möglichkeit gesteigert werden. Die allgemeine Zielsetzung besteht nämlich nach wie vor darin, im September ausgehend vom Grundsatz der Nachhaltigkeit eine möglichst hohe Wildstrecke zu erreichen.

Nach geltendem Recht kann das Hirsch- und Rehwild im September während 21 Tagen und das Gämswild während 17 Tagen bejagt werden. Die Dauer der ordentlichen Hochjagd liegt damit an der obersten Grenze. Seit Jahren lässt sich denn auch feststellen, dass der Jagddruck in der zweiten Jagdwoche nachlässt. Neben geringeren jagdlichen Erfolgsaussichten ist diese Entwicklung auch auf die gestiegenen beruflichen Anforderungen am Arbeitsplatz zurückzuführen.

Ausgehend von diesen allgemeinen Überlegungen wurden im Vernehmlassungsentwurf zwei Varianten für eine Anpassung der Jagdzeit im September zur Diskussion gestellt. Die Variante 1 sah eine Vorverlegung des Jagdbeginns auf den 5. September und die Variante 2 eine Vorverlegung auf den 2. September vor, wobei in beiden Fällen die Jagd am 26. September enden sollte. Die Variante 2 beinhaltete zudem eine mehrtägige Unterbrechung der Hochjagd. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens ergab sich jedoch keine eindeutige Präferenz für eine der beiden vorgeschlagenen Varianten. Daher ist diese Bestimmung auf Grundlage der eingegangenen Vorschläge überarbeitet worden.

#### ***1.2 Dauer der Hochjagd***

Neu wird die Hochjagd im Monat September angesetzt und dauert höchstens 21 Tage. Hingegen wird darauf verzichtet, im Gesetz zwingend einen Jagdunterbruch festzuschreiben. Die Regierung wird jedoch ermächtigt, einen Jagdunterbruch für die Dauer von mindestens drei aufeinander folgenden Tagen anzuordnen. Diese Regelung bietet ein Höchstmass an Flexibilität bei der Ansetzung der Hochjagd. Sie eröffnet damit die Möglichkeit, verschiedene Lösungen zur Steigerung der Hochjagdstrecke in der Praxis zu

erproben. Zudem können mit dieser Regelung bei entsprechender Ausgestaltung der Jagdbetriebsvorschriften auch die Konflikte mit der Hirschbrunft vermindert werden.

## **2. Sonderjagd, Verlängerung bzw. Wiederaufnahme der Hochjagd**

Die Regulierung der Wildbestände erfolgt in erster Linie auf der ordentlichen Hochjagd. Die Hochjagdstrecke kann jedoch regional unterschiedlich hoch ausfallen und jährlich beträchtliche Schwankungen aufweisen. Die Feinregulierung der Hirsch- und Rehwildbestände erfordert daher eine ergänzende Sonderjagd im Spätherbst. Mit der Sonderjagd können denn auch ausgehend von der Hochjagdstrecke die regionalen Gegebenheiten gut berücksichtigt werden. Mit diesem zweistufigen Vorgehen ist es überdies gelungen, die Hirsch- und Rehwildbestände nachhaltig zu regulieren. Dies belegt insbesondere der Umstand, dass mit der Bündner Patentjagd seit Jahren konstant hohe Jagdstrecken erreicht werden. Aber auch der Rückgang der Fallwildzahlen und der Wildschäden im Forst- und Landwirtschaftsbereich sprechen für dieses zweistufige Vorgehen bei der Bejagung der Hirsch- und Rehwildbestände. Entgegen der Auffassung einzelner Vernehmlasser dürfen Mutter- und Jungtiere durchaus bejagt werden. Art. 7 Abs. 5 des eidgenössischen Jagdgesetzes (JSG; SR 922.0) verpflichtet die Kantone einzig dazu, die nötigen Schutzmassnahmen zur nachhaltigen Regulierung der Wildbestände zu treffen.

Im Rahmen der Erarbeitung des Gesetzesentwurfes wurde auch die Einführung eines Einheitspatentes für die Hoch- und Sonderjagd geprüft. In der Umsetzung erwies sich jedoch diese Variante als nicht zielführend. Würden nämlich tatsächlich rund 5000 Jäger die Sonderjagd ausüben, würde dies zu einem übermässigen Jagddruck auf das Hirsch- und Rehwild führen und eine regional abgestimmte Feinregulierung der Bestände verunmöglichen. Folglich müsste die Anzahl der zur Teilnahme an der Sonderjagd berechtigten Jäger regional durch Losentscheid oder nach anderen Kriterien festgelegt werden. Dies liesse sich jedoch mit der Idee eines Einheitspatentes nicht vereinbaren. Die Jäger hätten nämlich eine erhöhte Patentgebühr für die Ausübung der Hoch- und Sonderjagd zu entrichten, ohne Gewähr zu haben, dass sie die Sonderjagd auch tatsächlich ausüben können. Im Ergebnis ist daher die heute gehandhabte Sonderjagd nach wie vor eine geeignete und erfolgreiche Lösung für die Feinregulierung der Hirsch- und Rehbestände im Spätherbst.

Ersatzlos gestrichen wird die Möglichkeit, die Hochjagd zu verlängern oder nach einem Unterbruch wieder aufzunehmen. Dagegen sprechen im Wesentlichen die gleichen Gründe, welche vorstehend gegen die Einführung eines Einheitspatentes für die Ausübung der Hoch- und Sonderjagd ange-

führt worden sind. Seit Inkrafttreten des kantonalen Jagdgesetzes im Jahre 1989 bzw. 1990 ist diese Regelung denn auch nie zum Tragen gekommen. Auch im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens ist gegen die Streichung dieser Bestimmung nicht opponiert worden.

### **Art. 12 Schontage**

Das Bündner Erntedankfest wird von den einzelnen Evangelischen Kirchengemeinden jeweils an einem beliebigen Sonntag im Oktober gefeiert. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird daher in Art. 12 EKJG präzisiert, dass der Jagdunterbruch jeweils am dritten Sonntag im Oktober erfolgt. Beibehalten wird auch das Jagdverbot am Eidgenössischen Betttag sowie während den Weihnachtstagen.

### **Art. 13 und Art. 13a Jagdwaffen, Einschiessen der Jagdwaffen**

Für die Hoch- und Steinwildjagd dürfen Büchsen mit einem Kugellauf ohne Magazin und einem Kaliber von mindestens 10,2 mm verwendet werden. Gestrichen wurde die Bestimmung in Art. 13 Abs. 1 Lit. a KJG, wonach bei kombinierten Waffen wie Büchsfllinte, Bockbüchsfllinte oder Drilling die Schrotläufe zu plombieren sind. Es genügt nämlich, wenn inskünftig auf Verordnungsstufe festgehalten wird, dass auf der Hoch- und Steinwildjagd das Mittragen und Verwenden von Schrotmunition und Flintenlaufgeschossen verboten ist. Mit dieser Anpassung wurde einem begründeten Begehren mehrerer Vernehmlasser entsprochen.

Nach geltendem Recht sind die Gemeinden verpflichtet, die Orte und Zeiten für das Einschiessen der Jagdwaffen zu bezeichnen (Art. 13 Abs. 4 KJG). Inskünftig sollen die Gemeinden von dieser Verpflichtung entbunden werden. Neu hat das Einschiessen der Jagdwaffen in einem von den Gemeinden zugewiesenen Jagdschiessstand oder in einer anderen, von den zuständigen Behörden bewilligten Schiessanlage zu erfolgen (Art. 13a Abs. 2 EKJG).

Vor Jagdbeginn hat der Jäger seine Treffsicherheit zu üben und seine Jagdwaffe einzuschiessen. Überdies kann die Regierung – wie von mehreren Vernehmlassern angeregt – anordnen, dass die Jäger den Nachweis über die erfüllte Schiesspflicht zu erbringen haben (Art. 13a Abs. 1 EKJG).

Eingehend geprüft wurde auch die Frage der Kaliberfreigabe, verbunden mit der gesetzgeberischen Festlegung einer maximalen Schussdistanz. Dazu bleibt festzuhalten, dass mit kleineren Kalibern und rasanteren Geschossen bessere ballistische Werte und eine gestrecktere Flugbahn des Geschosses erreicht werden. Der Vorteil des Bündner Kalibers (mindestens 10,2 mm) liegt im eingeschränkten jagdlichen Wirkungsbereich des Jägers. Diese technische Beschränkung des jagdlichen Wirkungsbereiches ist mit Blick auf die in Graubünden praktizierte Patentjagd vorteilhafter als eine theoretische Beschränkung des Wirkungskreises durch das Gesetz. Daher wird in Über-

einstimmung mit der beinahe einhelligen Auffassung der Vernehmlasser auf eine Freigabe des Kalibers verzichtet. Im Gegenzug wird im Gesetz auch keine maximale Schussdistanz normiert, zumal die Schussdistanz laut Art. 15 Abs. 2 KJG weidgerecht sein muss. Die in Art. 15 Abs. 2 KJG verankerte Regelung hat sich zudem bewährt und ermöglicht dem Strafrichter eine situationsbezogene Beurteilung entsprechender Widerhandlungen.

#### **Art. 14a Jäger mit einer Behinderung**

Art. 8 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV; SR 101) beinhaltet ein Diskriminierungsverbot für Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. Überdies wird der Gesetzgeber in Art. 8 Abs. 4 BV verpflichtet, Massnahmen zur Beseitigung der Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu treffen. Dieses Gebot ergibt sich auch aus Art. 86 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100). Daher wird die Regierung ermächtigt, Ausnahmeregelungen für Jäger mit einer Behinderung zu erlassen. Damit wird einem berechtigten und im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens eingebrachten Anliegen entsprochen.

#### **Art. 21 Ertrag des Jagdregals**

Das Jagdregal hat gemäss Art. 21 Abs. 1 KJG einen angemessenen Reintrag abzuwerfen. Diese Bestimmung wird den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Neu hat der Ertrag aus den Patent- und Abschussgebühren sowie aus den weiteren Einnahmen aus der Jagd mindestens die Aufwendungen des Jagdwesens zu decken.

Die Ausgaben des Amtes für Jagd und Fischerei im Jagdbereich konnten in den letzten Jahren durch gezielte Sparmassnahmen auf jährlich rund 6 Mio. Franken stabilisiert werden. Etwa 80 Prozent dieser Ausgaben entfallen auf Personalkosten und rund 20 Prozent auf Beiträge an Dritte (Hegebeiträge, Entschädigungen für Wildschäden usw.) sowie auf den Sachaufwand. Die Einnahmen aus den Patent- und Abschussgebühren sowie die weiteren Einnahmen aus der Jagd (Erlös aus Wildverwertung, Gebühren für die Eignungsprüfung, Vergütungen für die Waffenkontrolle, Ertrag aus Ordnungsbussen usw.), welche die Jäger beisteuern, belaufen sich auf rund 5,8 Mio. Franken. Rund 0,4 Mio. Franken entfallen auf Beiträge von Dritten (Bund, Amt für Natur und Umwelt, Vergütungen für Dienstleistungen usw.). Diese Beiträge werden für Leistungen des Amtes entrichtet, welche nicht in direktem Zusammenhang mit der Jagd stehen.

## 1. Finanzielle Übersicht

Einnahmen und Ausgaben des Amtes für Jagd und Fischerei im Jagdbereich für die Jahre 1997 – 2004 (in Fr. 1'000)								
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Einnahmen	6'343	6'373	6'291	6'236	6'131	6'032	6'125	6'275
Ausgaben	6'117	6'129	5'964	5'941	6'063	6'143	5'971	6'009
Rechnungsergebnis	226	244	327	295	68	-111	154	266

## 2. Einnahmen

Übersicht über die durchschnittlichen Einnahmen im Jagdbereich für die Jahre 2001 – 2004 (in Fr. 1'000)	
<b>Ertrag der Jagdpatente</b>	
Hoch- und Niederjagd	4'550
Sonderjagd (Herbstjagd auf Hirsch und Reh)	200
Steinwildjagd	50
Ausstellgebühren für Patente und Bewilligungen	140
<b>Ertrag der Abschussgebühren</b>	
Sonderjagd (Herbstjagd auf Hirsch und Reh)	120
Steinwildjagd	90
<b>Weitere Einnahmen Jagd</b>	
Erlös aus Wildverwertung (Wildhut und Fehlabschüsse)	440
Gebühren für die Eignungsprüfung	60
Vergütungen für die Waffenkontrolle	10
Ertrag aus Ordnungsbussen (ab 2004)	130
<b>Einnahmen im Zusammenhang mit dem Jagdbetrieb</b>	<b>5'790</b>
<b>Beiträge von Dritten</b>	
Bundesbeiträge	200
Beitrag des Amtes für Natur und Umwelt an Pflanzenschutzaufsicht	170
Vergütungen für Dienstleistungen	10
Diverse andere Einnahmen	40
<b>Einnahmen aus Beiträgen von Dritten</b>	<b>420</b>
<b>Total der Einnahmen im Bereich Jagd</b>	<b>6'210</b>

### 3. Ausgaben

Übersicht über die durchschnittlichen Ausgaben im Jagdbereich für die Jahre 2001 – 2004 (in Fr. 1'000)	
<b>Personalkosten</b>	
Gehälter, Entschädigungen (inkl. Sozialleistungen)	4'880
<b>Weitere Ausgaben Jagd</b>	
Beiträge für die Hege des Wildes	180
Entschädigungen für Wildschäden	110
Sachaufwand zur Erhaltung des Wildbestandes	110
Sachaufwand für die Wildverwertung	60
Reise- und Spesenentschädigungen (Fahrzeuge, Verpflegung usw.)	410
Diverse Ausgaben (Drucksachen, Material usw.)	290
<b>Total der Ausgaben im Bereich Jagd</b>	<b>6'040</b>

Dem Amt für Jagd und Fischerei sind in den letzten Jahren zahlreiche neue ökologische Aufgaben im Bereiche des Arten- und Biotopschutzes übertragen worden. Dazu gehören beispielsweise der Schutz der Wildlebensräume, die Förderung der Artenvielfalt sowie Aufgaben im Zusammenhang mit der Überwachung geschützter Wildarten. Der Aufwand des Amtes für diese Aufgaben, welche heute über das Jagdregal und somit weitgehend durch die Patent- und Abschussgebühren der Jägerschaft finanziert werden, beträgt derzeit rund 20 Prozent des Gesamtaufwandes. Der Hauptanteil dieser 20 Prozent entfällt auf die Personalkosten.

Die zusätzlichen Aufgaben des Amtes für Jagd und Fischerei für im Interesse der Allgemeinheit erbrachte Leistungen dürfen inskünftig in Übereinstimmung mit der Motion Brunold (GRP 2002/2003, S. 781; GRP 2003/2004, S. 375, 428 f.) nicht über eine Erhöhung der Jagdpatent- und Abschussgebühren finanziert werden. Die Abgeltung dieser Aufgaben muss aus anderen Finanzierungsquellen (Bundesmittel, Entschädigungen für Dienstleistungen des Amtes für Jagd und Fischerei usw.) sichergestellt werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist die geltende Regelung, wonach das Jagdregal zwingend einen Reinertrag erwirtschaften muss, nicht mehr gerechtfertigt. Mit den Einnahmen aus den Gebühren und Abgaben der Jäger ist in erster Linie der durch die Jagd verursachte Aufwand zu decken. Auch für gemeinwirtschaftliche Aufgaben, die ökologisch eng mit der Jagd verbunden sind, soll die Jägerschaft einen angemessenen Beitrag leisten. Bei erheblichen Veränderungen der gegenwärtigen Verhältnisse wie etwa bei einer starken Zuwanderung von Grossraubtieren muss indessen in Zukunft der dadurch verursachte Aufwand anderweitig abgegolten werden.

## **Art. 21a bis Art. 21c Patent- und Abschussgebühren**

### **1. Hoch- und Niederjagd**

Die Patentgebühren wurden Ende März 2005 auf Basis des Landesindex der Konsumentenpreise an die Teuerung angepasst. Diese Ansätze werden für Jäger mit Wohnsitz im Kanton im Rahmen der vorliegenden Gesetzesrevision unverändert übernommen.

In den letzten Jahren musste wiederholt festgestellt werden, dass kurzfristige Wohnsitzwechsel vorgenommen wurden, um in den Genuss des günstigeren Einheimischenpatentes zu gelangen. Daher setzt die Abgabe dieses Patentes neu voraus, dass der betreffende Jäger mindestens seit drei aufeinander folgenden Monaten seinen Wohnsitz im Kanton Graubünden hat (Art. 21a Abs. 1 Ziffer 1 EKJG).

Für Jäger ohne Wohnsitz im Kanton werden die Patentgebühren neu innerhalb einer im Gesetz vorgegebenen Bandbreite festgelegt. Dies eröffnet die Möglichkeit, diesen Jägern das Jagdpatent allenfalls zu einem günstigeren Preis als heute abzugeben. Dabei orientiert sich der obere Ansatz der Bandbreite an der aktuellen Patentgebühr, während der untere Ansatz tiefer angesetzt wird. Festgehalten wird indessen an der bisherigen Abstufung der Patentgebühren. Diese Abstufung hat sich bewährt und steht – entgegen der Auffassung einzelner Vernehmlasser – auch im Einklang mit der massgebenden Praxis des Bundesgerichtes.

### **2. Sonderjagd, Pass- und Fallenjagd, Steinwildjagd**

Die Höhe der Patent- und Abschussgebühren für die Ausübung der Sonderjagd (Art. 21a Abs. 2 EKJG) entspricht in materieller Hinsicht der geltenden Regelung (Art. 21 Abs. 4 KJG). Für die Ausübung der Pass- und Fallenjagd hat der Jäger sodann eine Patentgebühr von höchstens 50 Franken zu entrichten, sofern er im betreffenden Jahr kein Hoch-, Steinwild- oder Niederjagdpatent gelöst hat (Art. 21a Abs. 3 EKJG). Die Höhe der Gebühren für die Ausübung der Steinwildjagd ist bereits vorstehend kommentiert worden (vgl. Abschnitt V, Steinwildjagd). Daher kann diesbezüglich auf die dortigen Ausführungen sowie auf Art. 21b EKJG verwiesen werden.

### **3. Kompetenzen der Regierung**

Für die Festsetzung der Patent- und Abschussgebühren ist die Regierung zuständig, wenn im Gesetz lediglich der Gebührenrahmen festgelegt wird.

Ebenso kann die Regierung die Patent- und Abschussgebühren bzw. die festgelegten Gebührenrahmen der Teuerung anpassen (Art. 21c EKJG).

### **Art. 21d Kosten für Dienstleistungen**

Die Frage, ob für Dienstleistungen des Amtes für Jagd und Fischerei zu Gunsten Dritter inskünftig eine Entschädigung verlangt werden soll, ist im Vernehmlassungsverfahren unterschiedlich beurteilt worden. Hauptkritikpunkt bildete die vorgesehene Entschädigung bei Verkehrsunfällen mit Wild. Diesbezüglich wurde die Befürchtung geäussert, dass diese Verkehrsunfälle inskünftig nicht mehr der Wildhut gemeldet werden. Vorgebracht wurde aber auch der Einwand, dass den Fahrzeuglenker bei Verkehrsunfällen mit Wild in aller Regel kein Verschulden trifft. Dieser Argumentation ist entgegenzuhalten, dass Fahrzeuglenker gemäss Strassenverkehrsgesetzgebung verpflichtet sind, Unfälle zu melden. Weiter bleibt festzuhalten, dass Einsätze der Kantonspolizei bei Verkehrsunfällen aufgrund der kantonalen Verordnung über die Berechnungsansätze für die Kosten der Dienstleistungen der Kantonspolizei (BR 613.140) ebenfalls in Rechnung gestellt werden. Diese Bestimmungen müssen daher aus Gründen der Rechtsgleichheit sowie nach Massgabe des Grundsatzes, wonach der Verursacher für die Kosten aufkommen soll, auch Anwendung finden, wenn die Wildhut bei einem Verkehrsunfall ausrückt. Aufgrund dieser Überlegungen wird materiell an der Fassung gemäss Vernehmlassungsentwurf festgehalten.

### **Art. 30 Selbsthilfe**

Neu wird eine Meldepflicht für im Rahmen von Selbsthilfemassnahmen gefangene oder erlegte Tiere eingeführt. Damit wird sichergestellt, dass das Amt für Jagd und Fischerei in diesem Bereich seine Aufsicht wirksam wahrnehmen kann. Auf Anregung mehrerer Vernehmlasser darf sodann das Recht der Grundeigentümer und Pächter zur Selbsthilfe neu nur noch an jagdberechtigte Personen übertragen werden.

### **Art. 31 Abwehrmassnahmen**

Das Bundesrecht bezeichnet in Art. 5 JSG die jagdbaren wildlebenden Tiere. Die entsprechende Auflistung ist abschliessender Natur. Alle nicht in dieser Bestimmung bezeichneten wildlebenden Tiere werden demzufolge den geschützten Arten zugeordnet. Geschützt ist demnach – neben den im Kanton Graubünden vorkommenden Grossraubtierarten Wolf, Luchs und Bär – auch das Steinwild.

Gemäss Art. 10 Abs. 6 der eidgenössischen Jagdverordnung (JSV; SR 922.01) hat das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) namentlich für die Grossraubtiere Wolf, Luchs und Bär im Rahmen entsprechender Konzepte Grundsätze über den Schutz sowie den Einfang oder

Abschuss festzulegen. Gegenstand dieser Konzepte bilden aber auch Grundsätze für die Ermittlung der von diesen Grossraubtieren verursachten Schäden sowie über die Entschädigung nötiger Massnahmen zur Schadensverhütung. Diese Konzepte des BUWAL dienen den Kantonen als Vollzugshilfen und sollen gesamtschweizerisch eine einheitliche Vollzugspraxis gewährleisten. Im kantonalen Recht zu regeln ist indessen, welche Behörde im Rahmen des Bundesrechtes Abschussbewilligungen für schadensstiftende geschützte Wildarten wie etwa Wolf, Luchs und Bär erteilt. Diese Kompetenz wird laut Gesetzesentwurf (Art. 31 Abs. 3 EKJG) dem Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement übertragen.

Die Regulierung der Steinwildbestände wird weitgehend den Kantonen überlassen. Das Bundesrecht beinhaltet im Wesentlichen einzig die Grundsätze, wonach die Steinwildjagd zwischen dem 1. September und 30. November anzusetzen ist und die entsprechenden Abschusspläne der Kantone vorgängig von den zuständigen Bundesbehörden zu genehmigen sind (Art. 7 Abs. 3 JSG). Die Bewilligung zum Abschuss einzelner schadensstiftender Tiere soll daher – wie bei den jagdbaren Arten (Art. 31 Abs. 2 EKJG) – vom Amt für Jagd und Fischerei erteilt werden. Daher wird im Gesetzesentwurf (Art. 31 Abs. 3 EKJG) eine entsprechende Delegationsnorm verankert.

### **Art. 36 und Art. 36a Eignungsprüfung**

Neu wird das Alter für die Anmeldung zur Eignungsprüfung von derzeit 19 Jahre auf 18 Jahre herabgesetzt. Massgebend für die Anmeldung ist wie bis anhin der Jahrgang des Kandidaten. Diese Regelung lässt sich auch mit der eidgenössischen Waffengesetzgebung vereinbaren. Jugendliche, welche das 18. Altersjahr noch nicht erfüllt haben, dürfen nämlich zur Ausübung des Schiesssportes oder für die Jägerausbildung solange Waffen besitzen und auch im Sinne von Art. 28 WG mitführen, als dies unter Aufsicht einer Person geschieht, die ihrerseits zum Waffenerwerb berechtigt ist. Eine weitere Neuerung betrifft die Voraussetzung, wonach zur Eignungsprüfung nur Kandidaten zugelassen werden, welche in den letzten drei Jahren nicht rechtskräftig wegen vorsätzlicher Tierquälerei bestraft worden sind.

Die Eignungsprüfung für Jäger umfasst zwei Blöcke, nämlich die Waffen- und Schiessprüfung und die theoretische Prüfung über Wild und Jagd. Neu wird auf Gesetzesstufe die Möglichkeit geschaffen, Jäger, welche im In- oder Ausland eine den Anforderungen des Kantons Graubünden gleichwertige Jagdschiessprüfung bestanden haben, von der kantonalen Waffen- und Schiessprüfung zu entbinden. Fallengelassen wurde demgegenüber die Absicht, für auswärtige Jäger eine Gästekarte einzuführen. Gleiches gilt für die von einzelnen Vernehmlassern geforderte Anwendung des Gegenrechtsprinzips unter den Kantonen bei der Anerkennung von Eignungsprüfungen. Solche Regelungen würden nämlich bei der Bündner Jägerschaft kaum die nötige Akzeptanz finden.

#### **Art. 44 Aufsichtsorgane**

Die Förster des Kantons und der Gemeinden werden von ihren jagdpolizeilichen Pflichten entbunden, da diese Tätigkeiten nicht zu ihren Kernaufgaben gehören. Ebenso wird inskünftig auf die Bezeichnung von freiwilligen Jagdaufsichtern verzichtet. Die gestiegenen Anforderungen an die Jagdaufsichtsorgane erfordern nämlich – namentlich mit Blick auf die Ausfällung von Ordnungsbussen – eine entsprechende Grundausbildung. Diese Neuregelung bei der Bezeichnung der Jagdaufsichtorgane ist denn auch im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens klar befürwortet worden. Im Gegensatz zum Vernehmlassungsentwurf werden jedoch die eidgenössischen Grenzwächter entsprechend dem geltenden Recht weiterhin mit jagdpolizeilichen Aufgaben betraut.

Teilweise auf Kritik gestossen ist die Absicht, allen Jagdaufsichtsorganen gemäss Art. 44 Abs. 1 EKJG im Rahmen einer Strafverfolgung die gleichen Rechte und Pflichten wie der Kantonspolizei einzuräumen. Diese Vorbehalte sind unbegründet. Gemäss Rechtsprechung des Kantonsgerichtes (PKG 1991 Nr. 39, E. 3) sowie aufgrund von Art. 26 JSG haben nämlich die Jagdaufsichtsorgane bezüglich Jagdkonventionen die gleichen Kompetenzen und Obliegenheiten wie die Kantonspolizei bei der Verfolgung und Ermittlung von Gemeindelikten.

#### **Art. 48 Nebenstrafe**

Materiell entspricht die Fassung gemäss Botschaftsentwurf weitgehend der heutigen Regelung. Aufgehoben wird der Hinweis, dass der Richter die Jagdberechtigung in den von der Bundesgesetzgebung vorgesehenen Fällen zu entziehen hat. Dies ergibt sich nämlich unmittelbar aus Art. 20 Abs. 1 und 2 JSG. Neu bestimmt der Strafrichter beim Tatbestand der vorsätzlichen Tierquälerei auch die Dauer des Ausschlusses von der Jagdberechtigung. Die entsprechende Bestimmung über die Nebenstrafen (Art. 48 Abs. 1 Lit. a EKJG) wird daher entsprechend ergänzt (vgl. dazu auch Bemerkungen zu Art. 7 EKJG).

#### **Art. 55 Änderung bisherigen Rechts**

Die Anpassungen des kantonalen Fischereigesetzes (KFG; BR 760.100) sind ausschliesslich formeller Natur. Die Ausdrücke «Fischereiinspektorat» und «Fischereiinspektor» werden durch die Bezeichnungen «zuständiges Amt» und «Vorsteher des zuständigen Amtes» ersetzt.

## **VI. Erläuterungen zur Teilrevision der kantonalen Jagdverordnung**

Gegenstand der kantonalen Jagdverordnung bilden Regelungen über die Grundsätze der Jagdplanung und über die Regulierung geschützter Wildarten sowie Regelungen über die Verhütung und Vergütung von Wildschäden (Art. 1 KJV). Die nötigen Bestimmungen für die Durchführung der Steinwildjagd (Art. 5 Abs. 3 EKJG) und der Sonderjagd (Art. 11 Abs. 5 EKJG) werden inskünftig von der Regierung erlassen. Ebenso bezeichnet neu die Regierung die Tierarten, gegen die Selbsthilfemassnahmen ergriffen werden dürfen (Art. 30 Abs. 1 EKJG). Demzufolge können Art. 1 Lit. b, Art. 13, Art. 14 und Art. 16 KJV aufgehoben werden. Inskünftig werden somit nur noch die Grundsätze der Jagdplanung und die Wildschadenverhütung und Wildschadenvergütung in der kantonalen Jagdverordnung geregelt.

## **VII. Personelle und finanzielle Auswirkungen der Revisionsvorlage**

Aufgrund der vorliegenden Teilrevision der kantonalen Jagdgesetzgebung müssen beim Amt für Jagd und Fischerei keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden. Die vorgeschlagenen Regelungen über die Patent- und Abschussgebühren fallen aller Voraussicht nach kostenneutral aus, sofern die Patentgebühren für auswärtige Jäger im Rahmen der vorgeschlagenen Bandbreite gesteuert werden können. Zu Mehreinnahmen führt die vorgesehene Verrechnung von Dienstleistungen zu Gunsten Dritter durch das Amt für Jagd und Fischerei (vgl. dazu Ausführungen zu Art. 21d EKJG). Aufgrund der vom Amt für Jagd und Fischerei angestellten Berechnungen werden sich diese jährlichen Mehreinnahmen in einer Grössenordnung von 20000 bis 50000 Franken bewegen.

## **VIII. Berücksichtigung der VFRR-Grundsätze**

Die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) werden beim vorliegenden Revisionsvorhaben soweit als möglich berücksichtigt. Einzelne Bestimmungen, welche von diesen Grundsätzen abweichen, lassen sich mit ihrer grossen Bedeutung, der Gesetzessystematik und der Lesbarkeit des Gesetzes begründen.

## IX. Anträge

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Gesetzes über die Jagd und den Wildschutz im Kanton Graubünden (Jagdgesetz) und der Teilrevision der kantonalen Jagdverordnung zuzustimmen;
3. die Motion Brunold betreffend Totalrevision des kantonalen Jagdgesetzes (GRP 2002/2003, S. 781) zufolge Erfüllung abzuschreiben;
4. von der Erledigung der Postulate Beeli betreffend eine flexible Bündner Patentjagd (GRP 1994/1995, S. 646 f.) und Keller betreffend die Alterssenkung zur Ausübung der Jägerei (GRP 1999/2000, S. 19 und 298) Kenntnis zu nehmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren Grossräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Die Präsidentin: *Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

# Gesetz über die Jagd und den Wildschutz im Kanton Graubünden (Jagdgesetz)

Änderung vom....

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. August 2005,

beschliesst:

## I.

Das Gesetz über die Jagd und den Wildschutz im Kanton Graubünden (Jagdgesetz) vom 4. Juni 1989 wird wie folgt geändert:

### **Bezeichnung des Erlasses** **Kantonales Jagdgesetz (KJG)**

#### **Ersatz eines Ausdrucks**

In den Artikeln 41 (auch Marginalie), 42, 46 Absatz 3 und 50 wird der Ausdruck „Jagdinspektorat“ durch "zuständiges Amt" ersetzt.

Gliederungstitel vor Art. 1

## **I. Allgemeine Bestimmungen**

### **Art. 2a**

**Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in diesem Gesetz beziehen sich auf beide Geschlechter; soweit sich aus dem Sinn des Gesetzes nicht etwas anderes ergibt.** Gleichstellung der Geschlechter

### **Art. 4 Abs. 1**

<sup>1</sup> Es werden folgende Jagdarten unterschieden:

Hochjagd, **Steinwildjagd**, Niederjagd, Pass- und Fallenjagd.

**Art. 5 Abs. 2 Lit. a, Abs. 3 und 4**

<sup>2</sup> Berechtigt zum Bezug des Jagdpatentes ist wer,

a) im Kalenderjahr das 19. Altersjahr erfüllt und urteilsfähig ist;

<sup>3</sup> Die Berechtigung für die Anmeldung zur Steinwildjagd setzt voraus, dass der betreffende Jäger mindestens fünf Jahre die Bündner Hochjagd ausgeübt hat. Im Übrigen gilt sinngemäss Artikel 11 Absatz 5 dieses Gesetzes.

<sup>4</sup> Das Hoch-, Steinwild- oder Niederjagdpatent berechtigt den betreffenden Jäger auch zur Ausübung der Pass- und Fallenjagd. Jäger, welche nicht Inhaber eines Hoch-, Steinwild- oder Niederjagdpatentes sind, dürfen die Pass- und Fallenjagd nur ausüben, wenn sie eine entsprechende Bewilligung gelöst haben.

**Art. 6 Abs. 2**

<sup>2</sup> Ein Jagdberechtigter darf gleichzeitig nur eine Jagdart ausüben.

**Art. 7**

Verweigerungs-  
gründe

<sup>1</sup> Die Abgabe des Jagdpatentes wird Personen verweigert, welche:

a) ihre gesetzlich oder behördlich festgesetzten Unterhalts- und Unterstützungspflichten nicht erfüllt haben;

b) trotz Mahnung die fälligen, rechtskräftig veranlagten Einkommens- und Vermögenssteuern oder den Wehrpflichtersatz nicht bezahlt haben;

c) im Straf- oder stationären Massnahmenvollzug stehen;

d) bevormundet sind, sofern keine Zustimmung des Vormundes vorliegt;

e) fällige Bussen, Kosten, Gebühren oder Wertersatzbeiträge nicht bezahlt haben, welche wegen im Kanton begangener Jagdrechtsverletzungen ausgesprochen wurden oder dem Kanton nach Massgabe der eidgenössischen oder kantonalen Jagdgesetzgebung geschuldet werden;

f) aufgrund eines nach Waffengesetzgebung ergangenen richterlichen oder behördlichen Entscheides keine Waffen besitzen, erwerben oder tragen dürfen oder deren Waffen beschlagnahmt worden sind;

g) wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit von der Jagdausübung durch das zuständige Departement ausgeschlossen worden sind.

<sup>2</sup> Die Verweigerungsgründe gemäss Absatz 1 dieser Bestimmung bleiben bis zu deren Beseitigung bestehen.

**Art. 9 Abs. 1 Lit. a**

<sup>1</sup> Als jagdbare Arten gelten:

a) auf der Hochjagd:

Rothirsch, Reh, Gämse, **Wildschwein**, Marmeltier, Fuchs und Dachs;

#### Art. 9a

**Geschützte wildlebende Tierbestände dürfen nach Massgabe des Bundesrechtes reguliert werden.**

Geschützte  
Arten

#### Art. 11 Abs. 2, 4 und 5

<sup>2</sup> Die Jagdzeiten sind in folgenden Zeiträumen anzusetzen:

a) Hochjagd: **Im Monat September, insgesamt höchstens 21 Tage mit der Möglichkeit eines Jagdunterbruchs für die Dauer von mindestens drei aufeinander folgenden Tagen;**

b) Steinwildjagd: **1. bis 31. Oktober;**

c) Bisherige Litera b;

d) Bisherige Litera c.

<sup>4</sup> Werden die Abschusspläne in den Zeiträumen gemäss Absatz 2 dieser Bestimmung nicht erfüllt, kann die Regierung zur Regulierung der Wildbestände Sonderjagden anordnen.

<sup>5</sup> Die Regierung erlässt die nötigen Bestimmungen für die Durchführung von Sonderjagden. Dabei kann sie aufgrund der Zahl des zu erlegenden Wildes und der Grösse des Jagdgebietes die Gültigkeit des Jagdpatentes auf bestimmte Gebiete beschränken. Ebenso kann sie die Anzahl der Jagdpatente begrenzen.

#### Art. 12

Am Eidgenössischen Bettag, am Bündner Erntedankfest (**dritter Sonntag im Oktober**) sowie in der Zeit vom 24. bis und mit 26. Dezember ist jeglicher Jagdbetrieb verboten.

#### Art. 13 Abs. 1 Lit. a und Abs. 4

<sup>1</sup> Es dürfen folgende Jagdwaffen verwendet werden:

a) für die Hoch- und Steinwildjagd: **Büchsen mit einem Kugellauf ohne Magazin, Kaliber mindestens 10,2 mm;**

<sup>4</sup> Aufgehoben

#### Art. 13a

<sup>1</sup> **Vor Jagdbeginn hat der Jäger seine Treffsicherheit zu üben und seine Jagdwaffe einzuschiessen. Die Regierung kann anordnen, dass der Jäger den Nachweis über die erfüllte Schiesspflicht zu erbringen hat.**

Einschiessen der  
Jagdwaffen

<sup>2</sup> **Das Einschiessen der Jagdwaffen hat in einem von den Gemeinden zugewiesenen Jagdschiessstand oder in einer anderen, von den zuständigen Behörden bewilligten Schiessanlage zu erfolgen.**

<sup>3</sup> Das Einschieszen setzt voraus, dass der betreffende Jäger eine Haftpflichtversicherung gemäss Artikel 5 Absatz 2 Litera c dieses Gesetzes abgeschlossen hat.

**Art. 14a**

Jäger mit einer Behinderung

Für Jäger mit einer Behinderung kann die Regierung Ausnahmeregelungen für den Zugang zum Jagdgebiet erlassen.

**Art. 19**

Jagdbetrieb

Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, regelt die Regierung den Jagdbetrieb und erlässt die hierfür notwendigen Bestimmungen.

**Art. 21**

Ertrag des Jagdregals

Der Ertrag aus den Patent- und Abschussgebühren sowie aus den weiteren Einnahmen aus der Jagd hat mindestens die Aufwendungen des Jagdwesens zu decken.

**Art. 21a**

Patentgebühren  
1. Hoch-,  
Nieder- und  
Sonderjagd,  
Pass- und  
Fallenjagd

<sup>1</sup> Die Patentgebühr für die Hoch- und Niederjagd beträgt:

1. Für Schweizer Bürger und für niedergelassene Ausländer, welche mindestens seit drei aufeinanderfolgenden Monaten ihren Wohnsitz im Kanton Graubünden haben:

- |               |            |
|---------------|------------|
| a) Hochjagd   | Fr. 669.-- |
| b) Niederjagd | Fr. 269.-- |

2. Für Schweizer Bürger und für niedergelassene Ausländer ohne Wohnsitz im Kanton, welche jedoch früher während mindestens zehn Jahren ihren Wohnsitz im Kanton Graubünden hatten:

- |               |  |
|---------------|--|
| a) Hochjagd   | mindestens Fr. 1'300.-- und höchstens Fr. 2'000.-- |
| b) Niederjagd | mindestens Fr. 500.-- und höchstens Fr. 800.--     |

3. Für andere Schweizer Bürger und für niedergelassene Ausländer ohne Wohnsitz im Kanton:

- |               |  |
|---------------|--|
| a) Hochjagd   | mindestens Fr. 2'000.-- und höchstens Fr. 3'500.-- |
| b) Niederjagd | mindestens Fr. 800.-- und höchstens Fr. 1'500.--   |

4. Für Ausländer mit Aufenthalt im Kanton:

- |               |  |
|---------------|--|
| a) Hochjagd   | mindestens Fr. 4'000.-- und höchstens Fr. 6'000.-- |
| b) Niederjagd | mindestens Fr. 1'500.-- und höchstens Fr. 2'500.-- |

5. Für andere Ausländer:

- a) Hochjagd mindestens Fr. 8'000.-- und höchstens Fr. 13'000.--
- b) Niederjagd mindestens Fr. 6'000.-- und höchstens Fr. 8'000.--

**6. Für die Verwendung eines Jagdhundes:**

- a) Schweizer Bürger und niedergelassene  
Ausländer mit Wohnsitz im Kanton Fr. 135.--
- b) Schweizer Bürger und Ausländer mit  
Wohnsitz ausserhalb des Kantons Fr. 402.--

<sup>2</sup> Für die Ausübung der Sonderjagd hat der Jäger eine Patentgebühr von mindestens 50 Franken und höchstens 200 Franken sowie zusätzlich für erlegtes Schalenwild eine Abschussgebühr zu entrichten. Die Abschussgebühr hat in einem angemessenen Verhältnis zum Wert des erlegten Tieres zu stehen.

<sup>3</sup> Für die Ausübung der Pass- und Fallenjagd hat der Jäger eine Patentgebühr von höchstens 50 Franken zu entrichten, sofern er im betreffenden Jahr kein Hoch-, Steinwild- oder Niederjagdpatent gelöst hat.

**Art. 21b**

<sup>1</sup> Für die Ausübung der Steinwildjagd hat der Jäger eine Patentgebühr von mindestens 100 Franken und höchstens 200 Franken sowie eine Abschussgebühr zu entrichten.

2. Steinwildjagd

<sup>2</sup> Die Abschussgebühr beträgt für eine Steingeiss sowie für ein- bis dreijährige Böcke höchstens 200 Franken, für vier- und fünfjährige Böcke höchstens 400 Franken und für sechsjährige und ältere Böcke höchstens 700 Franken.

**Art. 21c**

<sup>1</sup> Die Patent- und Abschussgebühren gemäss Artikel 21a Absatz 1 Ziffern 2 bis 5, Artikel 21a Absatz 2 und 3 sowie Artikel 21b dieses Gesetzes werden von der Regierung festgelegt.

3. Festsetzung und Anpassung der Gebühren

<sup>2</sup> Die Regierung kann die Patent- und Abschussgebühren beziehungsweise die festgelegten Gebührenrahmen gemäss Artikel 21a und Artikel 21b dieses Gesetzes der Teuerung anpassen.

**Art. 21d**

<sup>1</sup> Für Dienstleistungen des zuständigen Amtes zu Gunsten Dritter kann eine Entschädigung verlangt werden.

Kosten für Dienstleistungen

<sup>2</sup> Bei Verkehrsunfällen mit Wild sind die Fahrzeuglenker und in den übrigen Fällen der Auftraggeber, der Begünstigte oder der Verursacher kostenpflichtig.

<sup>3</sup> Die Entschädigung wird nach dem Zeit- und Sachaufwand bemessen.

#### Art. 30

<sup>1</sup> Zum **Schutz** von Haustieren, Liegenschaften und landwirtschaftlichen Kulturen ist es Grundeigentümern und Pächtern ohne besondere Bewilligung gestattet, **einzelne** Tiere, die Schaden anrichten, **einzufangen oder zu erlegen**. Die Übertragung dieses Rechtes an **jagdberechtigte Personen** ist **zulässig**.

<sup>2</sup> **Gefangene oder erlegte Tiere sind umgehend dem zuständigen Amt zu melden.**

<sup>3</sup> Die Regierung bezeichnet die Tierarten, gegen die Selbsthilfemassnahmen ergriffen werden dürfen.

#### Art. 31 Abs. 2 und 3

<sup>2</sup> Das zuständige Amt kann zur Verhütung von Wildschäden jederzeit den Abschuss jagdbarer und wildlebender Tiere anordnen.

<sup>3</sup> Die Bewilligung zum Abschuss geschützter Tiere, welche erheblichen Schaden anrichten, erteilt das zuständige Departement, sofern das Bundesrecht nichts anderes bestimmt. Das Departement kann diese Befugnisse teilweise oder vollständig dem zuständigen Amt übertragen.

#### Art. 36

Eignungs-  
prüfung  
1. Grundsatz

<sup>1</sup> Personen, welche im Kalenderjahr mindestens das 18. Altersjahr erfüllen, die vorgeschriebene Hegeleistung erbracht haben, in den letzten drei Jahren nicht rechtskräftig wegen vorsätzlicher Tierquälerei verurteilt worden sind, und gegen die keine Verweigerungsgründe gemäss Artikel 7 dieses Gesetzes vorliegen, können sich zur Eignungsprüfung anmelden.

<sup>2</sup> Die Regierung erlässt die nötigen Bestimmungen für die Durchführung der Eignungsprüfung und bestimmt, welche Anforderungen die Kandidaten erfüllen müssen, um die Prüfung zu bestehen.

<sup>3</sup> Sie setzt eine Prüfungsgebühr von höchstens 300 Franken fest.

#### Art. 36a

2. Ausnahmen

<sup>1</sup> Jäger, welche im In- oder Ausland eine den Anforderungen des Kantons Graubünden gleichwertige Jagdschiessprüfung bestanden haben, können von der Waffen- und Schiessprüfung entbunden werden.

<sup>2</sup> Der entsprechende Nachweis ist vom betreffenden Jäger zu erbringen.

**Art. 44**

<sup>1</sup> Die Jagdaufsicht wird ausgeübt durch:

Aufsichtsorgane

- a) den Vorsteher des zuständigen Amtes;
- b) die Wildhüter und Hauptfischereiaufseher;
- c) die kantonalen Jagd- und Fischereiaufseher;
- d) die Kantonspolizei;
- e) die Nationalparkwächter;
- f) die eidgenössischen Grenzwächter, soweit sie dazu dienstlich ermächtigt sind.

<sup>2</sup> Der Vorsteher des zuständigen Amtes, die Wildhüter und Hauptfischereiaufseher, die Jagd- und Fischereiaufseher, die Nationalparkwächter und die Grenzwächter sind Organe der Strafverfolgungsbehörden. Bei Strafverfolgungen im Zusammenhang mit der Jagd und Fischerei haben sie die gleichen Rechte und Pflichten wie die Kantonspolizei.

<sup>3</sup> Die Regierung regelt die Aufgaben und Befugnisse der Jagdaufsichtsorgane.

**Art. 48**

<sup>1</sup> Die Jagdberechtigung wird vom Richter für mindestens ein Jahr und höchstens zehn Jahre gestützt auf kantonales Recht entzogen, wenn der Inhaber der Berechtigung:

- a) als Täter, Anstifter oder Gehilfe vorsätzlich Tiere gequält, Wild liegengelassen oder Wild zum Zwecke der Täuschung verändert hat;
- b) ein Jagdpatent erschlichen hat;
- c) eine schwere vorsätzliche Jagdrechtsübertretung begangen hat.

<sup>2</sup> Der Entzug der Jagdberechtigung gemäss Absatz 1 dieser Bestimmung gilt nur für den Kanton.

**Art. 55**

Das kantonale Fischereigesetz vom 26. November 2000 wird wie folgt geändert:

Änderung bisherigen Rechts

**Ersatz eines Ausdrucks**

In den Artikeln 19 Absatz 1, 21, 28 Absatz 1 und 2, 32 Absatz 1 und 2 (auch Marginalie), 35 Absatz 1 und 36b wird der Ausdruck "Fischereinspektorat" durch "zuständiges Amt" ersetzt.

In Artikel 33 Absatz 1 Litera a und Absatz 2 wird der Ausdruck "Fischereinspektor" durch "Vorsteher des zuständigen Amtes" ersetzt.

**II.**

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Teilrevision.

## KANTONALE JAGDVERORDNUNG (KJV)

Änderung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 1 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. August 2005,

beschliesst:

### **I.**

Die kantonale Jagdverordnung (KJV) vom 29. Mai 1998 wird wie folgt geändert:

#### **Ingress**

**Gestützt auf Art. 20 und Art. 33 des kantonalen Jagdgesetzes**  
vom Grossen Rat erlassen am 29. Mai 1998

#### **Ersatz eines Ausdrucks**

In den Artikeln 6 Absatz 1 und 3, 11 Absatz 1, 24 und 33 Absatz 1 wird der Ausdruck „Jagdinspektorat“ durch „zuständiges Amt“ ersetzt.

In Artikel 26 wird der Ausdruck „Forstinspektorat“ durch „zuständiges Amt“ ersetzt.

#### **Art. 1 Lit. b**

**Aufgehoben**

#### **Art. 13**

**Aufgehoben**

#### **Art. 14**

**Aufgehoben**

#### **Art. 16**

**Aufgehoben**

**Art. 27 Abs. 1**

<sup>1</sup> Ergibt die Beurteilung der Wildschadensituation, dass ein Handlungsbedarf besteht, erarbeiten **die zuständigen Ämter** ein Konzept. Darin ist aufzuzeigen, welche jagdlichen, forstlichen und weiteren Massnahmen notwendig sind, um die Wildschäden zu begrenzen und zu beheben, und was diese Massnahmen kosten.

**II.**

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Teilrevision.

## **Lescha davart la chatscha e la protecziun da selvaschina en il chantun Grischun (lescha chantunala da chatscha)**

midada dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 da la constituziun chantunala,  
sunter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 29 d'avust 2005,

concluda:

### **I.**

La lescha davart la chatscha e la protecziun da selvaschina en il chantun Grischun (lescha chantunala da chatscha) dals 4 da zercladur 1989 vegn midada sco suonda:

#### **Num dal relasch**

**Lescha chantunala da chatscha (LCC)**

#### **Remplazzament d'ina expressiun**

En ils artitgels 41 (er marginala), 42, 46 alinea 3 e 50 vegn remplazzada l'expressiun "inspecturat da chatscha" tras "uffizi cumpetent".

Titel da classificaziun avant l'art. 1

### **I. Disposiziuns generalas**

#### **Art. 2a**

**Las indicaziuns davart las personas, las funcziuns e las professiuns en questa lescha sa refereschan a domaduas schlattainas, uschenavant ch'i na resulta nagut auter or dal senn da questa lescha.**

Egualitad da las schlattainas

**Art. 4 al. 1**

<sup>1</sup> I vegnan differenziadas las sequentas modas da chatscha:

chatscha auta, **chatscha da capricorns**, chatscha bassa, chatscha da guetta e chatscha cun traplas.

**Art. 5 al. 2 lit. a, al. 3 e 4**

<sup>2</sup> Autorisà da prender ina patenta da chatscha è tgi

a) che ha accumulà durant l'onn chalendar il 19avel onn da vegliadetgna ed è abel da giuditgar;

<sup>3</sup> Il dretg da s'annunziar per la chatscha da capricorns premetta ch'il chatschadur respectiv saja ì almain tschintg onns a la chatscha auta grischuna. Dal rest vala l'artitgel 11 alinea 5 da questa lescha conform al senn.

<sup>4</sup> La patenta da chatscha auta, da chatscha da capricorns u da chatscha bassa autorisescha er il chatschadur respectiv d'ir a chatscha da guetta ed a chatscha cun traplas. Chatschadurs che n'èn betg en possess d'ina patenta da chatscha auta, da chatscha da capricorns u da chatscha bassa dastgan mo ir a chatscha da guetta ed a chatscha cun traplas, sch'els han prendì ina permissiun correspondententa.

**Art. 6 al. 2**

<sup>2</sup> Ina persuna cun dretg d'ir a chatscha po exequir il medem mument mo ina moda da chatscha.

**Art. 7**

Motivs da refusa

<sup>1</sup> La consegna da la patenta da chatscha vegn refusada a persunas:

- a) che n'han betg ademplì lur obligaziuns da mantegniment e da sustegn fixadas legalmain u uffizialmain;
- b) che n'han betg pajà, malgrà admoniziuns, las taglias sin las entradas e sin la facultad ch'èn vegnidas taxadas legalmain u la taglia d'exemziun dal servetsch militar;
- c) che sa chattan en l'execuziun d'in chasti u da mesiras staziunaras;
- d) che èn sut avugadia, premess ch'i n'è avant maun nagina permissiun da l'avugà;
- e) che n'han betg pajà multas, custs, taxas u rembursaments da la valur ch'èn scadids, ils quals ellas han obtegnì pervi da violaziuns dal dretg da chatscha commessas en il chantun u che vegnan debitadas al chantun a norma da la legislaziun federala u chantunala da chatscha;
- f) che na dastgan betg posseder, acquistar u purtar armas u da las qualas las armas èn vegnidas confiscadas pervi d'ina decisiun

giudiziala u uffiziala prendida sin basa da la legislaziun davart las armas;

g) ch'èn vegnidas exclusas da la chatscha tras il departament competent per avair periclità la segirezza publica.

<sup>2</sup> Ils motifs da refusa tenor l'alineia 1 da questa disposiziun restan en vigur fin a lur dismessa.

#### Art. 9 al. 1 lit. a

<sup>1</sup> Sco spezias permessas per la chatscha valan:

a) a la chatscha auta:

il tshierv, il chavriel, il chamutsch, **il portg selvadi**, la muntanella, la vulp ed il tais;

#### Art. 9a

**Effectivs d'animals selvadis protegids dastgan vegnir regulads a norma dal dretg federal.** Spezias protegidas

#### Art. 11 al. 2, 4 e 5

<sup>2</sup> Ils temps da chatscha ston vegnir fixads entaifer las sequentas periodas:

a) chatscha auta: **il mais da settember, tut en tut maximalmain 21 dis cun la pussaivladad d'interrumper la chatscha per la durada dad almain trais dis in suenter l'auter;**

b) chatscha da capricorns: **dal 1. fin ils 31 d'october;**

c) litera b da fin uss;

d) litera c da fin uss.

<sup>4</sup> Sch'ils plans da prelevaziun na vegnan betg ademplids durant ils temps da chatscha fixads tenor l'alineia 2 da questa disposiziun, po la regenza ordinar chatschas spezialas per regular ils effectivs da selvaschina.

<sup>5</sup> La regenza relascha las disposiziuns necessarias per realisar las chatschas spezialas. Per quest intent po ella restrenscher la valaivladad da la patenta da chatscha sin tsherts territoris, e quai sin basa dal dumber da la selvaschina che sto vegnir sajettada sco er sin basa dal territori da chatscha. Medemamain po ella limitar il dumber da patentas da chatscha.

#### Art. 12

Il di da la rogaziun federala, la festa grischuna d'engraziament per la raccolta (**la terza dumengia d'october**) sco er en il temp dals 24 fin e cun ils 26 da december è scumandada mintga chatscha.

**Art. 13 al. 1 lit. a ed al. 4**

<sup>1</sup> Las sequentas armas da chatscha dastgan vegnir duvradas:

a) per la **chatscha auta** e per la **chatscha da capricorns: schluppets d'ina chonna senza magasin** e d'in caliber da minimalmain 10,2 mm;

<sup>4</sup> **aboli**

**Art. 13a**

Tir da regulaziun per las armas da chatscha

<sup>1</sup> Avant il cumenzament da la chatscha sto il chatschadur exercitar sia segirezza da culp e trair per regular sia arma da chatscha. La regenza po ordinar ch'il chatschadur sto cumprovar ch'el haja adempli l'obligaziun da tir.

<sup>2</sup> Il tir da regulaziun per las armas da chatscha sto vegnir fatg en ina chamona da tir assegnada da las vischnancas u en in auter implant da tir permess da las autoritads cumpetentas.

<sup>3</sup> Il tir da regulaziun premetta ch'il chatschadur respectiv haja fatg in'assicuranza da responsabladad tenor l'artitgel 5 alinea 2 litera c da questa lescha.

**Art. 14a**

Chatschadurs cun in impediment

Per chatschadurs cun in impediment po la regenza relaschar regulaziuns excepziunalas per l'access al territori da chatscha.

**Art. 19**

Exercizi da la chatscha

Uschenavant che questa lescha na dispona nagut auter, regla la regenza l'exercizi da la chatscha e relascha las disposiziuns necessarias per quai.

**Art. 21**

Retgav dal regal da chatscha

Il retgav da las taxas per la patenta e da las taxas da prelevaziun sco er da las ulteriuras entradas da la chatscha ha da cuvrir almain ils custs dals fatgs da chatscha.

**Art. 21a**

Taxas per la patenta

1. chatscha auta, chatscha bassa, chatscha speziala, chatscha da guetta e chatscha cun traplas

<sup>1</sup> La taxa per la patenta da la chatscha auta e da la chatscha bassa importa:

1. per burgais svizzers e per esters domiciliads che han almain dapi trais mais successivs lur domicil en il chantun Grischun:

a) chatscha auta	fr.	669.–
b) chatscha bassa	fr.	269.–

2. per burgais svizzers e per esters domiciliads senza domicil en il chantun, che han dentant gi pli baud durant almain diesch onns lur domicil en il chantun Grischun:
- a) chatscha auta almain fr. 1'300.– e maximalmain fr. 2'000.–
  - b) chatscha bassa almain fr. 500.– e maximalmain fr. 800.–
3. Per auters burgais svizzers e per esters domiciliads senza domicil en il chantun:
- a) chatscha auta almain fr. 2'000.– e maximalmain fr. 3'500.–
  - b) chatscha bassa almain fr. 800.– e maximalmain fr. 1'500.–
4. Per esters cun dimora en il chantun:
- a) chatscha auta almain fr. 4'000.– e maximalmain fr. 6'000.–
  - b) chatscha bassa almain fr. 1'500.– e maximalmain fr. 2'500.–
5. Per auters esters:
- a) chatscha auta almain fr. 8'000.– e maximalmain fr. 13'000.–
  - b) chatscha bassa almain fr. 6'000.– e maximalmain fr. 8'000.–
6. per duvrar in chaun da chatscha:
- a) burgais svizzers ed esters domiciliads  
cun domicil en il chantun fr. 135.--
  - b) burgais svizzers ed esters  
cun domicil ordaifer il chantun fr. 402.--

<sup>2</sup> Per ir a chatscha speziala ha il chatschadur da pajar ina taxa per la patenta d'almain 50 francs e da maximalmain 200 francs ed ultra da quai ha el da pajar ina taxa da prelevaziun per la selvaschina d'ungla sajettata. Questa taxa da prelevaziun sto star en ina relaziun adequata cun la valur da l'animal sajettà.

<sup>3</sup> Per ir a chatscha da guetta ed a chatscha cun traplas ha il chatschadur da pajar ina taxa per la patenta da maximalmain 50 francs, sch'el n'ha betg prendì ina patenta da chatscha auta, da chatscha da capricorns u ina patenta da chatscha bassa l'onn respectiv.

#### Art. 21b

<sup>1</sup> Per ir a chatscha da capricorns ha il chatschadur da pajar ina taxa per la patenta d'almain 100 francs e da maximalmain 200 francs sco er ina taxa da prelevaziun.

2. Chatscha da capricorns

<sup>2</sup> La taxa da prelevaziun importa maximalmain 200 francs per ina chaura-capricorn sco er per bucs d'in fin trais onns, maximalmain

400 francs per bucs da quatter e tschintg onns e maximalmain 700 francs per bucs da sis onns e passa.

#### Art. 21c

3. fixaziun ed adattaziun da las taxas

<sup>1</sup> Las taxas per la patenta e las taxas da prelevaziun tenor l'artitgel 21a alinea 1 cifra 2 fin 5, tenor l'artitgel 21a alinea 2 e 3 sco er tenor l'artitgel 21b da questa lescha vegnan fixadas da la regenza.

<sup>2</sup> Las taxas per la patenta e las taxas da prelevaziun respectivamain ils roms da las taxas fixads tenor l'artitgel 21a e tenor l'artitgel 21b da questa lescha po la regenza adattar a la chareschia.

#### Art. 21d

Taxas per servetschs

<sup>1</sup> Per prestaziuns da servetsch da l'uffizi competent en favur da terzas persunas po vegnir dumandada ina indemniziun.

<sup>2</sup> Obligads da surpigliar ils custs tar accidents da traffic cun selvaschina èn il manaschunz dal vehichel ed en ils ulteriurs cas l'incumbensader, il beneficiari u il chaschunader.

<sup>3</sup> L'indemniziun vegn calculada tenor il temp impundi e tenor ils custs reals.

#### Art. 30

<sup>1</sup> Per la **protecziun** dals animals domestics, da las immobiglias e da las culturas da l'agricultura èsi permess als proprietaris da terren ed als fittadins **da pigliar u da sajettar** senza ina permissiun speziala **singuls** animals che fan donn. Igl è **admess** da surdar quest dretg a **persunas ch'èn autorisadas d'ir a chatscha**.

<sup>2</sup> Animals pigliads u sajettads ston vegnir annunziads immediatamain a l'uffizi competent.

<sup>3</sup> La regenza designescha las spezias d'animals, cunter las qualas dastgan vegnir prendidas mesiras d'agid a sasez.

#### Art. 31 al. 2 e 3

<sup>2</sup> Per prevegnir a donns da selvaschina po l'uffizi competent ordinar da tut temp da sajettar animals selvadis e permess per la chatscha.

<sup>3</sup> La permissiun da sajettar animals protegids che fan donns considerabels vegn dada dal departament competent, premess ch'il dretg federal na fixescha nagut auter. Il departament po surdar questas competenzas parzialmain u totalmain a l'uffizi competent.

**Art. 36**

<sup>1</sup> Las persunas che accumpleschan l'onni chalendar almain il 18avel onni da vegliadetgna, che han ademplì la prestaziun da tgira prescritta, che n'èn betg vegnidas sentenziadas a moda legalmain valaivla ils ultims trais onns pervi da maltractament d'animals intenziunà, ed envers las qualas i na dat nagins motifs da refusa tenor l'artitgel 7 da questa lescha, pon s'annunziar per l'examen da qualificaziun.

Examen da  
qualificaziun  
1. princip

<sup>2</sup> La regenza relascha las disposiziuns necessarias per la realisaziun da l'examen da qualificaziun e fixescha tge pretensiuns ch'ils candidats ston ademplir per reussir l'examen.

<sup>3</sup> Ella fixescha ina taxa d'examen da maximalmain 300 francs.

**Art. 36a**

<sup>1</sup> Chatschadurs che han fatg – en Svizra u a l'exteriur – in examen da tir equivalent a las pretensiuns dal chantun Grischun, pon vegnir dispensads da l'examen d'armas e da tir.

2. excepziuns

<sup>2</sup> La cumprova correspondententa sto vegnir procurada dal chatschadur respectiv.

**Art. 44**

<sup>1</sup> La surveglianza da chatscha vegn pratigada:

Organs da  
surveglianza

a) dal schef da l'uffizi competent;

b) dals guardiaselvaschina e dals survegliaders da pestga principals;

c) dals survegliaders chantunals da chatscha e pestga;

d) da la polizia chantunala;

e) da las guardias dal parc naziunal;

f) da las guardias federalas da cunfin, uschenavant ch'ellas èn autorisadas uffizialmain per quai.

<sup>2</sup> Il schef da l'uffizi competent, ils guardiaselvaschina ed ils survegliaders da pestga principals, ils survegliaders da chatscha e pestga, las guardias dal parc naziunal e las guardias da cunfin èn organs da las autoritads da persecuziun penala. En cas da persecuziuns penals en connex cun la chatscha e cun la pestga han els ils medemas dretgs e las medemas obligaziuns sco la polizia chantunala.

<sup>3</sup> La regenza regla las incumbensas e las competenzas dals organs da surveglianza da chatscha.

**Art. 48**

<sup>1</sup> Sin fundament dal dretg chantunal privescha il derschader il chatschadur dal dretg d'ir a chatscha per almain in onn e per maximalmain diesch onns, sch'il possessur da l'autorisaziun:

- a) ha maltractà sapientivamain animals sco autur, provocatur u cumplizi dal delict, ha laschà selvaschina sajettada sin il lieu u ha modifitgà selvaschina cun l'intenziun d'engianar;
- b) ha obtegnì cun rampigns ina patenta da chatscha;
- c) ha commess in grev surpassament intenziunà dal dretg da chatscha.

<sup>2</sup> La privaziun dal dretg d'ir a chatscha tenor l'aleina 1 da questa disposiziun vala mo per il chantun.

**Art. 55**

Midada dal  
dretg vertent

La lescha chantunala da pestga dals 26 da november 2000 vegn midada sco suonda:

**Remplazzament d'ina expressiun**

En ils artitgels 19 alinea 1, 21, 28 alinea 1 e 2, 32 alinea 1 e 2 (er marginala), 35 alinea 1 e 36b vegn remplazzada l'expressiun "inspecturat da pestga" tras "uffizi cumpetent".

En l'artitgel 33 alinea 1 litera a ed alinea 2 vegn remplazzada l'expressiun "inspectur da pestga" tras "schef da l'uffizi cumpetent".

**II.**

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa revisiun parziala.



## Ordinaziun chantunala da chatscha (OCC)

midada dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 1 da la constituziun chantunala,  
suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 29 d'avust 2005,

concluda:

### **I.**

L'ordinaziun chantunala da chatscha (OCC) dals 29 da matg 1998 vegn  
midada sco suonda:

### **Ingress**

**sa basond sin ils art. 20 e 33 da la lescha chantunala da chatscha**  
relaschada dal cussegl grond ils 29 da matg 1998

### **Remplazzament d'ina expressiun**

En ils artitgels 6 alinea 1 e 3, 11 alinea 1, 24 e 33 alinea 1 vegn  
remplazzada l'expressiun "inspecturat da chatscha" tras "uffizi  
cumpetent".

En l'artitgel 26 vegn remplazzada l'expressiun "inspecturat forestal" tras  
"uffizi cumpetent".

**Art. 1 lit. b**  
**aboli**

**Art. 13**  
**aboli**

**Art. 14**  
**aboli**

**Art. 16**  
**aboli**

**Art. 27 al. 1**

<sup>1</sup> Sch'il giudicament da la situaziun dals donns da selvaschina mussa ch'igl exista in basegn d'agir, elavureschan **ils uffizis cumpetents** in concept. En quel sto vegnir mussà tge mesiras da chatscha e da la selvicultura e tge autras mesiras ch'èn necessarias per limitar u reparar ils donns da selvaschina e quant che quellas mesiras custan.

**II.**

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa revisiun parziala.

## **Legge sulla caccia e la protezione della selvaggina nel Cantone dei Grigioni (Legge sulla caccia)**

Modifica del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 agosto 2005,

decide:

### **I.**

La legge sulla caccia e la protezione della selvaggina nel Cantone dei Grigioni (Legge sulla caccia) del 4 giugno 1989 viene modificata come segue:

#### **Titolo dell'atto legislativo**

#### **Legge cantonale sulla caccia (LCC)**

#### **Sostituzione di un'espressione**

Negli articoli 41 (anche marginale), 42, 46 capoverso 3 e 50 l'espressione "Ispettorato della caccia" viene sostituita con "ufficio competente".

Titolo intermedio che precede l'art. 1

### **I. Disposizioni generali**

#### **Art. 2a**

**Le designazioni di persone, funzioni e professioni contenute nella presente legge si riferiscono ad entrambi i sessi, per quanto non risulti altrimenti dal senso della legge.** Parità dei sessi

#### **Art. 4 cpv. 1**

<sup>1</sup> Si distinguono i seguenti tipi di caccia:

caccia alta, **caccia allo stambecco**, caccia bassa, caccia d'agguato e caccia con le trappole.

**Art. 5 cpv. 2 lett. a, cpv. 3 e 4**

<sup>2</sup> Ha diritto di acquistare la licenza di caccia chi:

a) **nel corso dell'anno civile compie 19 anni** ed è capace di discernimento;

<sup>3</sup> **Per potersi iscrivere alla caccia allo stambecco il cacciatore interessato deve aver esercitato la caccia alta grigionese per almeno cinque anni. Per il resto si applica per analogia l'articolo 11 capoverso 5 della presente legge.**

<sup>4</sup> **La licenza di caccia alta, allo stambecco o di caccia bassa autorizza il cacciatore interessato anche all'esercizio della caccia d'agguato e con le trappole. I cacciatori che non sono in possesso di una licenza di caccia alta, allo stambecco o di caccia bassa, possono esercitare la caccia d'agguato e con le trappole soltanto se hanno richiesto ed ottenuto una relativa autorizzazione.**

**Art. 6 cpv. 2**

<sup>2</sup> **Chi è autorizzato a cacciare può esercitare contemporaneamente un solo tipo di caccia.**

**Art. 7**

Motivi di rifiuto

<sup>1</sup> **La consegna della licenza di caccia viene negata alle persone che:**

- a) **non hanno adempiuto ai propri obblighi di mantenimento e di assistenza stabiliti per legge o dall'autorità;**
- b) **nonostante diffida non hanno pagato le imposte sul reddito e sulla sostanza dovute, la cui tassazione è cresciuta in giudicato, oppure la tassa d'esenzione dall'obbligo militare;**
- c) **si trovano in esecuzione di pena o di misura stazionaria;**
- d) **sono poste sotto tutela, a meno che il tutore non abbia espresso il suo consenso;**
- e) **non hanno pagato multe, spese, tasse o risarcimenti sostitutivi del valore, che sono stati pronunciati per violazioni della legislazione sulla caccia commesse nel Cantone, o che sono dovuti al Cantone conformemente alla legislazione federale o cantonale sulla caccia;**
- f) **non possono detenere, acquistare o portare un'arma in seguito ad una decisione giudiziaria o di un'autorità emessa in base alla legislazione sulle armi, o la cui arma è stata sequestrata;**
- g) **sono state escluse dall'esercizio della caccia dal dipartimento competente, poiché costituiscono una minaccia per la sicurezza pubblica.**

<sup>2</sup> I motivi di rifiuto di cui al capoverso 1 della presente disposizione sussistono fino alla loro eliminazione.

**Art. 9 cpv. 1 lett. a**

<sup>1</sup> Sono considerate specie cacciabili:

a) nella caccia alta:

il cervo nobile, il capriolo, il camoscio, **il cinghiale**, la marmotta, la volpe e il tasso;

**Art. 9a**

**Gli effettivi di selvaggina protetta possono essere regolati** Specie protette conformemente al diritto federale.

**Art. 11 cpv. 2, 4 e 5**

<sup>2</sup> I periodi di caccia devono essere fissati entro le seguenti date:

a) caccia alta: **nel mese di settembre, complessivamente al massimo 21 giorni con la possibilità di un'interruzione della caccia per la durata di almeno tre giorni consecutivi;**

b) caccia allo stambecco: dal 1° al 31 ottobre;

c) attuale lettera b;

d) attuale lettera c.

<sup>4</sup> Se i piani di abbattimento non vengono realizzati entro i periodi di cui al capoverso 2, il Governo può disporre caccie speciali per regolare gli effettivi di selvaggina.

<sup>5</sup> Il Governo emana le disposizioni necessarie per eseguire le caccie speciali. A seconda del numero di capi da abbattere e della grandezza della zona di caccia esso può limitare la validità della licenza di caccia a determinate zone. Esso può anche limitare il numero delle licenze di caccia.

**Art. 12**

Nel giorno della Festa federale di preghiera e in quello cantonale di ringraziamento per il raccolto (**terza domenica di ottobre**), nonché dal 24 al 26 dicembre compreso è vietato qualsiasi esercizio della caccia.

**Art. 13 cpv. 1 lett. a e cpv. 4**

<sup>1</sup> Si può far uso delle seguenti armi:

a) per la caccia alta e allo stambecco: fucili ad un solo colpo senza magazzino, calibro minimo 10,2 mm;

<sup>4</sup> Abrogato

**Art. 13a**

Tiro  
d'aggiustamento  
di armi da  
caccia

<sup>1</sup> Prima dell'inizio della caccia il cacciatore deve esercitare la sua precisione di tiro ed aggiustare il tiro della propria arma da caccia. Il Governo può disporre che il cacciatore fornisca la prova dell'adempimento dell'obbligo di tiro.

<sup>2</sup> Il tiro d'aggiustamento deve avvenire in un poligono di tiro da caccia indicato dai comuni o in un altro impianto di tiro autorizzato dalle autorità competenti.

<sup>3</sup> Per poter esercitare il tiro d'aggiustamento il cacciatore interessato deve aver stipulato un'assicurazione di responsabilità civile conformemente all'articolo 5 capoverso 2 lettera c della presente legge.

**Art. 14a**

Cacciatori  
portatori di  
handicap

Per i cacciatori portatori di handicap il Governo può emanare delle regolamentazioni d'eccezione per accedere alla zona di caccia.

**Art. 19**

Esercizio della  
caccia

Nella misura in cui la presente legge non disponga altrimenti, il Governo disciplina l'esercizio della caccia ed emana le disposizioni necessarie.

**Art. 21**

Provento della  
regalia della  
caccia

Il provento dalle tasse di licenza e di abbattimento, nonché da altre entrate di caccia, deve coprire almeno le spese generate dalla caccia.

**Art. 21a**

Tasse per la  
licenza  
1. Caccia alta,  
bassa e speciale,  
caccia d'agguato  
e con le trappole

<sup>1</sup> La tassa per la licenza di caccia alta e bassa ammonta a:

1. Per i cittadini svizzeri e gli stranieri con permesso di domicilio che sono domiciliati nel Cantone dei Grigioni da almeno tre mesi consecutivi:

- |                 |     |        |
|-----------------|-----|--------|
| a) caccia alta  | fr. | 669.-- |
| b) caccia bassa | fr. | 269.-- |

2. Per i cittadini svizzeri e gli stranieri con permesso di domicilio che non sono domiciliati nel Cantone che, però sono stati domiciliati in passato per almeno dieci anni nel Cantone dei Grigioni:

- |                 |  |
|-----------------|--|
| a) caccia alta  | minimo fr. 1'300.-- e massimo fr. 2'000.-- |
| b) caccia bassa | minimo fr. 500.-- e massimo fr. 800.--     |

3. Per altri cittadini svizzeri e per stranieri con permesso di domicilio che non sono domiciliati nel Cantone:

- a) caccia alta minimo fr. 2'000.-- e massimo fr. 3'500.--
  - b) caccia bassa minimo fr. 800.-- e massimo fr. 1'500.--
4. Per stranieri con dimora nel Cantone:
- a) caccia alta minimo fr. 4'000.-- e massimo fr. 6'000.--
  - b) caccia bassa minimo fr. 1'500.-- e massimo fr. 2'500.--
5. Per altri stranieri:
- a) caccia alta minimo fr. 8'000.-- e massimo fr. 13'000.--
  - b) caccia bassa minimo fr. 6'000.-- e massimo fr. 8'000.--
6. Per l'impiego di un cane da caccia:
- a) cittadini svizzeri e stranieri con permesso di domicilio che sono domiciliati nel Cantone fr. 135.--
  - b) cittadini svizzeri e stranieri domiciliati fuori Cantone fr. 402.--

<sup>2</sup> Per l'esercizio della caccia speciale il cacciatore deve versare una tassa di licenza compresa fra 50 franchi e 200 franchi, nonché una tassa di abbattimento aggiuntiva per ogni ungulato abbattuto. La tassa di abbattimento deve essere proporzionata al valore dell'animale abbattuto.

<sup>3</sup> Per l'esercizio della caccia d'agguato e con le trappole il cacciatore deve versare una tassa di licenza di al massimo 50 franchi, qualora egli non abbia acquistato nell'anno in questione una licenza di caccia alta, allo stambecco o di caccia bassa.

#### Art. 21b

<sup>1</sup> Per l'esercizio della caccia allo stambecco il cacciatore deve versare una tassa di licenza compresa fra 100 franchi e 200 franchi, nonché una tassa di abbattimento.

2. Caccia allo stambecco

<sup>2</sup> La tassa di abbattimento ammonta per una femmina e per maschi da uno fino a tre anni al massimo a 200 franchi, per maschi di quattro e cinque anni al massimo a 400 franchi e per maschi di sei e più anni al massimo a 700 franchi.

#### Art. 21c

<sup>1</sup> Le tasse di licenza e di abbattimento di cui all'articolo 21a capoverso 1 numeri 2-5, all'articolo 21a capoversi 2 e 3 e all'articolo 21b della presente legge vengono fissate dal Governo.

3. Determinazione e adeguamento delle tasse

<sup>2</sup> Il Governo può adeguare al rincaro le tasse di licenza e di abbattimento rispettivamente i margini delle tasse stabiliti di cui all'articolo 21a e all'articolo 21b della presente legge.

Spese per  
prestazioni di  
servizio

**Art. 21d**

<sup>1</sup> Per prestazioni di servizio dell'ufficio competente a favore di terzi può essere richiesto un indennizzo.

<sup>2</sup> In caso di incidenti stradali con selvaggina sono tenuti ad assumersi le spese i conducenti e negli altri casi il committente, il beneficiario o il responsabile.

<sup>3</sup> L'indennizzo è commisurato al dispendio di tempo e alle spese materiali.

**Art. 30**

<sup>1</sup> Per proteggere gli animali domestici, gli immobili e le colture agricole i proprietari di fondi e gli affittuari possono **catturare o abbattere** senza speciale autorizzazione **singoli** animali che arrecano danni. È consentito trasferire tale diritto a **cacciatori autorizzati**.

<sup>2</sup> **Animali catturati o abbattuti devono essere notificati immediatamente all'ufficio competente.**

<sup>3</sup> Il Governo designa le specie animali contro le quali si possono adottare misure di autodifesa.

**Art. 31 cpv. 2 e 3**

<sup>2</sup> Per prevenire danni causati dalla selvaggina, l'ufficio competente può disporre in ogni momento l'abbattimento di animali cacciabili e viventi allo stato selvatico.

<sup>3</sup> Nella misura in cui il diritto federale non disponga altrimenti, il dipartimento competente rilascia l'autorizzazione per l'abbattimento di animali protetti che arrecano danni considerevoli. Il dipartimento può delegare parzialmente o totalmente tali competenze all'ufficio competente.

**Art. 36**

Esame  
d'idoneità  
1. Principio

<sup>1</sup> Le persone che nel corso dell'anno civile compiono almeno 18 anni, hanno prestato la cura della selvaggina prescritta, non sono state condannate negli ultimi tre anni con sentenza definitiva per maltrattamento intenzionale di animali e contro le quali non sussistono motivi di rifiuto di cui all'articolo 7 della presente legge, possono iscriversi all'esame di idoneità.

<sup>2</sup> Il Governo emana le disposizioni necessarie per lo svolgimento dell'esame di idoneità e determina quali requisiti debbano essere soddisfatti dai candidati per il superamento dell'esame.

<sup>3</sup> Esso stabilisce una tassa d'esame di al massimo 300 franchi.

**Art. 36a**

<sup>1</sup> I cacciatori che hanno superato in Svizzera o all'estero un esame di tiro da caccia equivalente a quello del Cantone dei Grigioni, possono essere esonerati dall'esame sulle armi e di tiro. 2. Eccezioni

<sup>2</sup> La relativa comprova deve essere fornita dal cacciatore interessato.

**Art. 44**

<sup>1</sup> La vigilanza sulla caccia viene esercitata:

- a) dal capo dell'ufficio competente;
- b) dai guardiani della selvaggina e dai guardapesca principali;
- c) dai guardacaccia e guardapesca cantonali;
- d) dalla Polizia cantonale;
- e) dai guardiani del Parco nazionale;
- f) dalle guardie di confine federali, per quanto autorizzate.

Organi di  
vigilanza

<sup>2</sup> Il capo dell'ufficio competente, i guardiani della selvaggina e i guardapesca principali, i guardacaccia e i guardapesca, i guardiani del Parco nazionale e le guardie di confine sono organi delle autorità d'azione penale. In caso di azioni penali in relazione alla caccia e alla pesca essi hanno gli stessi diritti e doveri della Polizia cantonale.

<sup>3</sup> Il Governo disciplina i compiti e le competenze degli organi di vigilanza sulla caccia.

**Art. 48**

<sup>1</sup> Il diritto di caccia viene revocato dal giudice in base al diritto cantonale per un minimo di un anno e un massimo di dieci anni, se il titolare del diritto:

- a) quale autore, istigatore o complice ha maltrattato intenzionalmente animali, ha abbandonato sul posto selvaggina oppure ha modificato selvaggina a scopo di inganno;
- b) ha ottenuto la licenza di caccia in modo fraudolento;
- c) ha contravvenuto intenzionalmente in modo grave al diritto sulla caccia.

<sup>2</sup> La revoca del diritto di caccia giusta il capoverso 1 della presente disposizione è limitata al Cantone.

**Art. 55**

La legge cantonale sulla pesca del 26 novembre 2000 viene modificata come segue:

**Sostituzione di un'espressione**

Modifica del  
diritto  
previgente

Negli articoli 19 capoverso 1, 21, 28 capoversi 1 e 2, 32 capoversi 1 e 2 (anche marginale), 35 capoverso 1 e 36b l'espressione "Ispettorato della pesca" viene sostituita con "ufficio competente".

Nell'articolo 33 capoverso 1 lettera a e capoverso 2 l'espressione "Ispettore della pesca" viene sostituita con "capo dell'ufficio competente".

## **II.**

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce l'entrata in vigore della presente revisione parziale.

## Ordinanza cantonale sulla caccia (OCC)

Modifica del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 1 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 agosto 2005,

decide:

### I.

L'ordinanza cantonale sulla caccia (OCC) del 29 maggio 1998 viene modificata come segue:

#### **Preambolo**

emanata dal Gran Consiglio il 29 maggio 1998

**visti l'art. 20 e l'art. 33 della legge cantonale sulla caccia**

#### **Sostituzione di un'espressione**

Negli articoli 6 capoversi 1 e 3, 11 capoverso 1, 24 e 33 capoverso 1 l'espressione "Ispettorato della caccia" viene sostituita con "ufficio competente".

Nell'articolo 26 l'espressione "Ispettorato forestale" viene sostituita con "ufficio competente".

#### **Art. 1 lett. b**

**Abrogato**

#### **Art. 13**

**Abrogato**

#### **Art. 14**

**Abrogato**

**Art. 16**

**Abrogato**

**Art. 27 cpv. 1**

<sup>1</sup> Se dalla valutazione della situazione dei danni causati dalla selvaggina risulta che sussiste un bisogno d'intervento, **gli uffici competenti** elaborano un piano. Esso deve contenere quali misure venatorie, forestali e di altra natura sono necessarie per limitare e riparare i danni causati dalla selvaggina e il costo di questi provvedimenti.

**II.**

Il Governo stabilisce l'entrata in vigore della presente revisione parziale.

## Geltendes Recht

### Gesetz über die Jagd und den Wildschutz im Kanton Graubünden (Jagdgesetz)<sup>1)</sup>

Vom Volke angenommen am 4. Juni 1989

---

#### I. Rechte und Aufgaben des Kantons

##### Art. 1

<sup>1</sup> Dem Kanton stehen im Rahmen des Bundesrechts das Jagdregal und das Verfügungsrecht über die wildlebenden Säugetiere und Vögel (Wild) zu. Jagdregal

<sup>2</sup> Der Kanton regelt und plant die Jagd. Er gewährleistet eine angemessene Nutzung der Wildbestände unter Berücksichtigung der Anliegen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Natur- und Tierschutzes.

<sup>3</sup> Der Kanton sorgt für die erforderliche Aufsicht.

##### Art. 2

Dieses Gesetz bezweckt:

Zweck

- a) gesunde Wildbestände und deren Lebensräume zu pflegen und zu erhalten;
- b) bedrohte Tierarten zu schützen;
- c) die Wildschäden an Wald und landwirtschaftlichen Kulturen auf ein tragbares Mass zu begrenzen;
- d) die Wildbestände durch die Bündner Patentjagd angemessen zu nutzen.

#### II. Jagdsystem und Jagdarten

##### Art. 3

Die Jagdberechtigung wird nach dem Patentsystem verliehen.

Jagdsystem

##### Art. 4

<sup>1</sup> Es werden folgende Jagdarten unterschieden:

Jagdarten

Hochjagd, Niederjagd, Pass- und Fallenjagd.

<sup>2</sup> Die einzelnen Jagdarten können im Interesse einer artgerechten Bejagung, zur Anpassung der Bestände an die Tragfähigkeit des Lebensraumes und zur Begrenzung der Wildschäden unterteilt werden.

---

<sup>1)</sup> B vom 20. Juni 1988, 81; GRP 1988/89, 175 (1. Lesung), 695 (2. Lesung)

### III. Regelung der Jagd

#### Art. 5

Jagdberechtigung <sup>1</sup> Wer jagen will, braucht ein Jagdpatent.

<sup>2</sup> Berechtigt zum Bezug des Jagdpatentes ist, wer

- a) das 20. Altersjahr erfüllt hat und urteilsfähig ist;
- b) sich über die bestandene bündnerische Eignungsprüfung ausweist;
- c) eine den Vorschriften des Bundes entsprechende Haftpflichtversicherung abgeschlossen hat;
- d) keinen Anlass für den Jagdausschluss oder die Patentverweigerung gibt.

#### Art. 6

Geltungsbereich <sup>1</sup> Das Jagdpatent ist persönlich und nicht übertragbar. Es gilt nur für die darin angegebene Jagd.

<sup>2</sup> Ein Jagdberechtigter kann gleichzeitig nur eine Jagdart ausüben. Die Pass- und Fallenjagd darf nur von Inhabern eines Hoch- oder Niederjagdpatentes ausgeübt werden.

<sup>3</sup> Das Jagdpatent berechtigt grundsätzlich zur Jagdausübung im ganzen Kanton.

#### Art. 7

Verweigerung des Jagdpatentes <sup>1</sup> Das Jagdpatent ist einem Gesuchsteller zu verweigern, der:

- a) infolge selbstverschuldeter Bedürftigkeit für sich oder Angehörige, für die er eine gesetzliche Unterstützungspflicht zu erfüllen hat, öffentliche Unterstützungsgelder bezogen und nicht erstattet hat.
- b) seine gesetzlich oder behördlich festgesetzten Unterhalts- und Unterstützungspflichten nicht erfüllt hat;
- c) trotz Mahnung die fälligen, rechtskräftig veranlagten Einkommens- und Vermögenssteuern oder den Militärpflichtersatz nicht bezahlt hat;
- d) Verlustscheine, die gegen ihn in den letzten drei Jahren ausgestellt wurden, nicht eingelöst hat;
- e) Gemeinschuldner in einem Konkursverfahren gewesen ist, das in den letzten drei Jahren mangels Konkursvermögen eingestellt wurde;
- f) im Straf- oder stationären Massnahmenvollzug steht;
- g) bedingt aus dem Strafvollzug entlassen wurde;
- h) wegen vorsätzlicher Tierquälerei bestraft wurde;
- i) wegen im Kanton Graubünden begangener Jagdrechtsverletzungen rechtskräftig verfügte fällige Bussen, Kosten, Gebühren, Entschädigungen und Wertersatzbeträge nicht bezahlt hat;
- k) wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch das zuständige Departement in der Jagdberechtigung eingestellt worden ist;
- l) bevormundet ist, sofern keine Bewilligung des Vormundes vorliegt.

<sup>2</sup> Die Verweigerungsgründe von litera a–f, i, k und l bleiben bis zu deren Beseitigung bestehen.

<sup>3</sup> Der Verweigerungsgrund von litera g bleibt bis zum Ablauf der vom Richter festgelegten Strafdauer bestehen.

<sup>4</sup> Für den Verweigerungsgrund gemäss litera h setzt das zuständige Departement eine Dauer von 2 bis 10 Jahren fest.

#### Art. 8

Bewerber für ein Jagdpatent haben über Patentverweigerungsgründe und Bezugsvoraussetzungen wahrheitsgemäss Auskunft zu erteilen. Auskunftspflicht

#### Art. 9

<sup>1</sup> Als jagdbare Arten gelten: Jagdbare Arten

- a) auf der Hochjagd:  
Rothirsch, Reh, Gemse, Murmeltier, Fuchs und Dachs;
- b) auf der Niederjagd:  
Feldhase, Schneehase, Fuchs, Dachs, Edel- und Steinmarder, verwilderte Hauskatze, Birkhahn, Schneehuhn, Ringeltaube, Türkentaube, verwilderte Haustaube, Kolkrabe, Rabenkrähe, Nebelkrähe, Elster, Eichelhäher, Blässhuhn, Kormoran und Stockente;
- c) auf der Pass- und Fallenjagd:  
Fuchs, Dachs, Edel- und Steinmarder, verwilderte Hauskatze.

<sup>2</sup> Die Regierung kann die Liste der jagdbaren Arten erweitern oder einschränken. Sie legt in den Jagdbetriebsvorschriften fest, welche Tiere erlegt werden dürfen. Sie regelt den Schutz der Muttertiere und Jungtiere.

#### Art. 10

<sup>1</sup> Rechtmässig erlegtes Wild gehört dem Erleger. Eigentum an der Beute

<sup>2</sup> Das von der Wildhut erlegte Wild verfällt dem Kanton.

#### Art. 11

<sup>1</sup> Die Regierung legt die Jagdzeiten in den Zeiträumen gemäss Absatz 2 derart fest, dass die Abschusspläne innert möglichst kurzer Zeit erfüllt werden können. Auf die Paarungszeit ist Rücksicht zunehmen. Jagdzeiten  
Abschusspläne

<sup>2</sup> Die Jagdzeiten sind in folgenden Zeiträumen anzusetzen:

- a) Hochjagd: 9. September bis 30. September. Fällt der 9. September auf einen Sonntag, beginnt die Hochjagd bereits am 8. September.
- b) Niederjagd: 1. Oktober bis 30. November, für Birkhahn und Schneehuhn erst ab 16. Oktober;
- c) Pass- und Fallenjagd: 1. Oktober bis Ende Februar, für Dachse nur bis 15. Januar, für Edelmarder und Steinmarder nur bis 15. Februar.

<sup>3</sup> Mit der Festlegung der Wildschutzgebiete und der Regelung der Jagd ist anzustreben, dass die Abschusspläne möglichst in den Zeiträumen gemäss Absatz 2 erfüllt werden.

<sup>4</sup> Werden die Abschusspläne in den Jagdzeiten gemäss Absatz 2 in weiten Teilen des Kantons nicht erfüllt, kann die Regierung die Jagden verlängern oder nach einem Unterbruch wieder aufnehmen lassen.

<sup>5</sup> Werden die Abschusspläne in den Zeiträumen gemäss Absatz 2 in einzelnen Teilen des Kantons nicht erfüllt, hat die Regierung zur Regulierung der Bestände Sonderjagden anzuordnen. Der Grosse Rat regelt in der Vollziehungsverordnung die massgeblichen Kriterien für die Zulassung der Sonderjagd.

#### **Art. 12**

Schontage

Am Eidgenössischen Bettag, am Bündner Erntedankfest sowie in der Zeit vom 24. bis und mit 26. Dezember ist jeglicher Jagdbetrieb verboten.

#### **Art. 13**

Jagdwaffen

<sup>1</sup> Es dürfen folgende Jagdwaffen verwendet werden:

- a) für die Hochjagd:  
Büchsen, einläufig ohne Magazin, Kaliber mind. 10,2 mm. Bei kombinierten Waffen wie Büchsflinte, Bockbüchsflinte oder Drilling sind die Schrotläufe zu plombieren;
- b) für die Nieder- und Passjagd:  
Doppelflinten, Bockflinten oder einläufige Flinten ohne Magazin. Hahnflinten sind nicht gestattet;
- c) für die Sonderjagd:  
nach Bedarf die Hoch- und Niederjagdwaffe gemäss Beschluss der Regierung.

<sup>2</sup> Die Verwendung von Zielfernrohren ist gestattet.

<sup>3</sup> Zur Jagd verwendete Waffen müssen einwandfrei funktionieren und gesichert werden können sowie kontrolliert und im Jagdpatentbüchlein eingetragen sein.

<sup>4</sup> Die Jagdwaffen dürfen nur an den von den Gemeinden bezeichneten Orten und Zeiten und nach Abschluss der obligatorischen Haftpflichtversicherung für Jäger gemäss Artikel 5 eingeschossen werden.

#### **Art. 14**

Jagdgeräte,  
Jagdhunde und  
Hilfsmittel

<sup>1</sup> Die Regierung kann Bestimmungen über die zulässigen Jagdgeräte, wie insbesondere Munition und Fallen mit Zubehör erlassen.

<sup>2</sup> Sie regelt die Verwendung von Jagdhunden, von Transport- und anderen Hilfsmitteln. Die Jagd auf Wasserwild darf nur mit einem geprüften Hund ausgeübt werden.

**Art. 15**

- <sup>1</sup> Bei der Ausübung der Jagd hat sich der Jäger weidgerecht zu verhalten. Weidgerechte Jagdausübung
- <sup>2</sup> Insbesondere hat er sich vor der Schussabgabe zu vergewissern, dass das Wild jagdbar, die Schussdistanz und die Stellung des Tieres weidgerecht und eine Gefährdung von Menschen und Dritteigentum ausgeschlossen sind. Liegt das Wild nicht im Feuer, ist eine gründliche Nachsuche durchzuführen.
- <sup>3</sup> Stellt der Jäger fest, dass das erlegte Tier nach den Vorschriften nicht jagdbar war, hat er unverzüglich Selbstanzeige zu erstatten. Bestehen Zweifel an der Jagdbarkeit, hat er die Beute umgehend dem zuständigen Wildhüter oder Jagdaufseher zur Kontrolle vorzuzeigen. Jegliche Veränderung der Beute zum Zwecke der Täuschung ist untersagt.
- <sup>4</sup> Erlegtes Wild ist nach den Grundsätzen der Fleischhygiene zu behandeln und ordnungsgemäss zu verwerten.
- <sup>5</sup> Die Jagd in Gruppen von mehr als vier Jägern sowie laute Treibjagden sind untersagt.
- <sup>6</sup> Gefährdet ein Jäger bei der Jagdausübung die öffentliche Sicherheit, können ihm Kantonspolizei, Wildhüter und kantonale Jagdaufseher anlässlich der Feststellung des Sachverhalts das Jagdpatent entziehen. In diesem Falle ist innert 24 Stunden Rapport an das Departement zu erstatten, welches über den Fortbestand des vorläufigen Entzugs unverzüglich entscheidet.

**Art. 16**

Personen ohne Jagdpatent dürfen sich nicht aktiv an der Jagd beteiligen. Im Widerhandlungsfall machen sich der Patentinhaber und die Begleitperson strafbar. Begleitpersonen

**Art. 17**

Die Jagd darf an folgenden Orten nicht ausgeübt werden: Örtliches Jagdverbot

- wo Mensch oder Dritteigentum gefährdet ist;
- auf Friedhöfen;
- in Gebieten, die aus überwiegend öffentlichem Interesse von der Regierung gesperrt worden sind.

**Art. 18**

Die Regierung erlässt Vorschriften über die Abschusskontrolle. Sie bestimmt auch, für welche Tierarten eine Vorweisungspflicht besteht. Abschusskontrolle und Vorweisungspflicht

**Art. 19**

Die Regierung erlässt die näheren Vorschriften über die Durchführung der Jagd. Jagdbetriebsvorschriften

## IV. Planung der Jagd

### Art. 20

Zweck und  
Vorgehen

<sup>1</sup> Die Jagd ist zu planen, um gesunde, den örtlichen Verhältnissen angepasste und natürlich strukturierte Wildbestände zu erhalten.

<sup>2</sup> Es sind die Bestände aufzunehmen, ihre Entwicklung zu überwachen sowie ihre Einwirkungen auf landwirtschaftliche Kulturen, Wald, Weiden und andere Tierarten zu erfassen.

<sup>3</sup> Gestützt auf diese Erhebungen werden Abschusspläne erstellt. Diese legen die Anteile fest, welche den Beständen zu entnehmen sind.

<sup>4</sup> Die Regierung kann das dem einzelnen Jäger zustehende Abschusskontingent festlegen. Für die Anrechnung an das Kontingent kann sie die unterschiedlichen Verhältnisse nach Region und Wildart berücksichtigen. Der Grosse Rat legt die Grundsätze für die Jagdplanung fest.

## V. Gebühren

### Art. 21

Patentgebühren

<sup>1</sup> Das Jagdregal soll einen angemessenen Reinertrag abwerfen.

<sup>2</sup> <sup>1)</sup>Die Jagdgebühr beträgt:

- |     |  |              |
|-----|--|--------------|
| 1.1 | Für Schweizer und für niedergelassene Ausländer mit Wohnsitz im Kanton:  |              |
|     | a) Hochjagd  | Fr. 669.–    |
|     | b) Niederjagd  | Fr. 269.–    |
| 1.2 | Für Schweizer und niedergelassene Ausländer ohne Wohnsitz im Kanton, die sich über einen früheren Aufenthalt von mindestens 10 Jahren im Kanton ausweisen: |              |
|     | a) Hochjagd  | Fr. 1'998.–  |
|     | b) Niederjagd  | Fr. 802.–    |
| 1.3 | Für andere Schweizer Bürger und für niedergelassene Ausländer ohne Wohnsitz im Kanton:   |              |
|     | a) Hochjagd  | Fr. 3'331.–  |
|     | b) Niederjagd  | Fr. 1'333.–  |
| 1.4 | Für Ausländer mit Aufenthalt im Kanton:  |              |
|     | a) Hochjagd  | Fr. 5'324.–  |
|     | b) Niederjagd  | Fr. 2'131.–  |
| 1.5 | Für andere Ausländer:  |              |
|     | a) Hochjagd  | Fr. 13'309.– |
|     | b) Niederjagd  | Fr. 6'655.–  |

<sup>1)</sup> Gebühren gestützt auf Art. 21 Abs. 3 KJG angepasst mit RB vom 18. April 2005; in Kraft gesetzt auf 1. Juni 2005

1.6 Für die Verwendung eines Jagdhundes:

- a) bei Schweizern und niedergelassenen Ausländern  
mit Wohnsitz im Kanton Fr. 135.–
- b) bei allen anderen Jagdberechtigten Fr. 402.–

<sup>3</sup> Die Regierung kann die Gebühren veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen periodisch anpassen.

<sup>4</sup> Bei der Sonderjagd hat der Jäger eine Grundgebühr von Fr. 50.– bis Fr. 200.– und zusätzlich für erlegtes Schalenwild eine Abschussgebühr zu entrichten. Diese hat in einem angemessenen Verhältnis zum Wert des erlegten Tieres zu stehen. Die Abschussgebühr wird von der Regierung in den Jagdbetriebsvorschriften festgelegt.

<sup>5</sup> Für die Ausübung der Pass- und Fallenjagd wird keine Gebühr erhoben.

## VI. Wildschutz

### Art. 22

Kanton und Gemeinden sorgen in Abwägung aller Interessen für die Erhaltung und den Schutz der Lebensräume des Wildes. Insbesondere obliegt ihnen der Schutz von Lebensräumen bedrohter Wildarten.

Schutz der  
Lebensräume

### Art. 23

<sup>1</sup> Um den Ansprüchen des Wildes nach Nahrung, Deckung und Schutz zu genügen, sind Hegemassnahmen zu treffen. Mit diesen sind insbesondere wildgerechte Lebensräume zu schaffen, zu erhalten und zu verbessern und die Äsungsbedingungen im Hinblick auf Notzeiten zu ergänzen.

Hegemassnahmen

<sup>2</sup> Die Regierung erlässt nach Anhören der interessierten Kreise ein Hege-reglement<sup>1)</sup> und regelt darin die Hegemassnahmen, die Hegetätigkeit sowie die Verwendung der Hegemittel. Der Kanton stellt jährlich die erforderlichen Hegemittel zur Verfügung.

### Art. 24

Die Regierung trifft die erforderlichen Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Wildkrankheiten.

Wildkrankheiten

### Art. 25

Das Aussetzen von Wild bedarf einer Bewilligung des zuständigen Departementes. Die Zuständigkeit des Bundes bleibt vorbehalten.

Aussetzen von  
Wild

---

<sup>1)</sup> BR 740.300

**Art. 26**

- Halten von Wild <sup>1</sup> Das Halten von Wild bedarf einer Bewilligung der Jagd- und der Tier-schutzbehörden.
- <sup>2</sup> Die Regierung legt die Bedingungen für das Halten von Wild fest.

**Art. 27**

- Schutz vor Störung <sup>1</sup> Das Wild ist vor Störung zu schützen. Die Regierung erlässt entsprechende Bestimmungen, insbesondere über die Beseitigung wildernder Hunde und streunender Katzen sowie über die Suche von Abwurfstangen.
- <sup>2</sup> Wenn Störungen in Wildeinstandsgebieten das ortsübliche Mass übersteigen und das Leben und Gedeihen des Wildes beeinträchtigen, können die Gemeinden das Zutrittsrecht zu diesen örtlich und zeitlich einschränken. Gegenteilige Interessen sind beim Entscheid zu berücksichtigen.

**Art. 28**

- Wildschutzgebiete <sup>1</sup> Wildschutzgebiete haben in erster Linie der Hebung lokal schwacher Wildbestände, der Verbesserung der natürlichen Bestandesstruktur und dem Schutz bedrohter Wildarten vor Störungen durch den Jagdbetrieb zu dienen.
- <sup>2</sup> Die kantonalen Wildschutzgebiete werden von der Regierung in der Regel für die Dauer von fünf Jahren festgelegt. Die Territorialgemeinde und die an das Wildschutzgebiet angrenzenden Territorialgemeinden sind anzuhören. Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit des Bundesrates für die eidgenössischen Jagdbanngebiete.
- <sup>3</sup> Die Schaffung und Beibehaltung von Wildschutzgebieten darf nur erfolgen, wenn der Zweck des Gesetzes dies rechtfertigt.
- <sup>4</sup> Wildschutzgebiete können vor Ablauf der festgesetzten Dauer geändert oder aufgehoben werden, sofern es die Regulierung der Wildbestände, forstliche oder landwirtschaftliche Interessen erfordern.

**VII. Wildschaden****Art. 29**

- Verhütung <sup>1</sup> Der Kanton sorgt mit der Jagd, der Pflege und Nutzung der Lebensräume für Wildbestände, die keine übermässigen Schäden an Wald und landwirtschaftlichen Kulturen verursachen.
- <sup>2</sup> Der am Wald verursachte Wildschaden darf die natürliche Verjüngung mit standortgemässen Baumarten als Grundlage einer nachhaltigen Bewirtschaftung nicht gefährden.

**Art. 30**

<sup>1</sup> Zum Schutze von Haustieren, Liegenschaften und landwirtschaftlichen Kulturen ist es Grundeigentümern und Pächtern ohne besondere Bewilligung gestattet, bestimmte Tiere, die Schaden anrichten, zu beseitigen. Die Übertragung dieses Rechtes an Dritte ist erlaubt. Selbsthilfe

<sup>2</sup> Der Bundesrat bezeichnet die geschützten und der Grosse Rat die jagdbaren Tierarten, gegen die Selbsthilfemassnahmen ergriffen werden dürfen.

**Art. 31**

<sup>1</sup> Der Kanton entrichtet Beiträge an die Kosten von Abwehrmassnahmen zur Verhütung von Wildschaden. Abwehrmassnahmen

<sup>2</sup> Das Jagdinspektorat <sup>1)</sup> ordnet die Entfernung einzelner Tiere an, die Schaden stiften.

**Art. 32**

<sup>1</sup> Der Kanton entschädigt den durch jagdbares Wild und Steinwild verursachten Schaden an landwirtschaftlichen Kulturen und Nutztieren. Die Entschädigung entfällt bei Bagatellschäden. Vergütung

<sup>2</sup> Durch jagdbares Wild und Steinwild am Wald verursachte Schäden an natürlichen Verjüngungen und Pflanzungen werden angemessen entschädigt. Die Entschädigung erfolgt in Form von Beiträgen des Kantons an Massnahmen, die zur Gewährleistung der Waldfunktionen erforderlich sind.

<sup>3</sup> Bund und Kanton entschädigen den durch geschütztes Wild verursachten Schaden im Rahmen der Bundesgesetzgebung. <sup>2)</sup>

<sup>4</sup> Die Vergütung oder der Beitrag entfällt oder wird herabgesetzt, wenn der Geschädigte die ihm zumutbaren Abwehrmassnahmen nicht getroffen hat.

**Art. 33**

Der Grosse Rat regelt die Beitrags- und Entschädigungspflicht bei der Verhütung und Vergütung von Wildschaden in der Vollziehungsverordnung. <sup>3)</sup> Vollziehungsverordnung

---

<sup>1)</sup> Nunmehr Amt für Jagd und Fischerei

<sup>2)</sup> SR 922

<sup>3)</sup> BR 740.010

**VIII. Information, Ausbildung und Forschung****Art. 34**

Information Das Departement sorgt dafür, dass die Bevölkerung über die Lebensweise des Wildes, seine Bedürfnisse und seinen Schutz ausreichend informiert wird.

**Art. 35**

Aus- und Weiterbildung Das Departement sorgt für die Aus- und Weiterbildung der Jagdaufsichtsorgane und fördert jene der Jäger.

**Art. 36**

Eignungsprüfung <sup>1</sup> Zur Eignungsprüfung ist zugelassen, wer

- a) im Anmeldejahr mindestens das 19. Altersjahr erfüllt;
- b) die übrigen Voraussetzungen zum Bezug des Patentes erfüllt;
- c) die von der Regierung festgelegte Hegeleistung erbracht hat.

<sup>2</sup> Die Regierung erlässt Bestimmungen über die Anforderungen und Durchführung der Eignungsprüfung. <sup>1)</sup> Sie setzt die Prüfungsgebühr fest.

**Art. 37**

Forschung <sup>1</sup> Der Kanton leistet Beiträge an Forschungsprojekte von kantonalem Interesse über das Wild und dessen Lebensräume.

<sup>2</sup> Das Departement kann zu Forschungszwecken Ausnahmen von den Schutzbestimmungen für jagdbares Wild bewilligen.

**IX. Vollzug und Aufsicht****Art. 38**

Vollzug Der Vollzug des Gesetzes obliegt der Regierung. Sie erlässt hiezu die erforderlichen Vorschriften.

**Art. 39**

Departement Das zuständige Departement ist ausführendes Organ der Regierung für Verwaltung, Aufsicht und Pflege der Jagd.

**Art. 40**

Jagdkommission <sup>1</sup> Die Regierung ernennt eine aus sieben bis neun Mitgliedern bestehende Jagdkommission.

<sup>2</sup> Die Jagdkommission berät das Departement und die Regierung in allen wichtigen Fragen des Jagdwesens.

---

<sup>1)</sup> BR 740.100

<sup>3</sup> Den interessierten Kreisen steht ein Vorschlagsrecht zu. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt höchstens 12 Jahre.

<sup>4</sup> Die Regierung regelt die Aufgaben der Kommission.

#### Art. 41

Das Jagdinspektorat ist die Fachstelle für das Jagdwesen.

Jagdinspektorat <sup>1)</sup>

#### Art. 42

Die Wildhüter üben insbesondere hegerische, jagdplanerische und jagd- polizeiliche Funktionen aus. Sie sind dem Jagdinspektorat <sup>2)</sup> unterstellt und unterstützen dieses bei der Erfüllung seiner Aufgaben.

Wildhüter

#### Art. 43

Die Jagdaufseher arbeiten unter Anleitung und Kontrolle der Wildhüter. Sie unterstützen diese bei der Ausübung ihrer Aufgaben.

Jagdaufseher

#### Art. 44

<sup>1</sup> Zur Ausübung der Jagdpolizei sind amtlich verpflichtet:

Jagdpolizei

1. der Jagdinspektor;
2. die Wildhüter;
3. die kantonalen Jagdaufseher;
4. die Kantonspolizei;
5. die kantonalen Fischereiaufseher;
6. die Förster des Kantons und der Gemeinden;
7. die Nationalparkwächter;
8. die eidgenössischen Grenzwächter, soweit sie dazu dienstlich ermächtigt sind;
9. die freiwilligen Jagdaufseher.

<sup>2</sup> Die Regierung regelt die Aufgaben und Befugnisse der Jagdpolizeior- gane in einer Dienstanweisung <sup>3)</sup>.

#### Art. 45

Wer im Besitze von Wild, Wildtrophäen oder Wildbret ist, solches ver- kauft oder als Präparator entgegengenommen hat, ist verpflichtet, den zu- ständigen Behörden wahrheitsgetreu Aufschluss über die Herkunft zu er- teilen. Vorbehalten bleibt das Zeugnisverweigerungsrecht gemäss Artikel 90 StPO <sup>4)</sup>.

Auskunftspflicht

---

<sup>1)</sup> Nunmehr Amt für Jagd und Fischerei

<sup>2)</sup> Nunmehr Amt für Jagd und Fischerei

<sup>3)</sup> BR 740.400

<sup>4)</sup> BR 350.000

**Art. 46**

Fallwild

<sup>1</sup> Fallwild gehört dem Kanton.<sup>2</sup> Über die Trophäe kann der Finder verfügen, wenn er das Fallwild ordnungsgemäss einem Wildhüter oder Jagdaufseher gemeldet hat.<sup>3</sup> Das Jagdinspektorat<sup>1)</sup> überlasst das Fallwild in begründeten Fällen dem Finder.**X. Strafbestimmungen****Art. 47<sup>2)</sup>**Übertretungen  
kantonalen Recht<sup>1</sup> Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen dieses Gesetz oder darauf beruhende Erlasse und Verfügungen verstösst, wird mit Busse bis zu 20'000 Franken bestraft, sofern die Übertretung nicht bereits nach Bundesrecht geahndet wird. Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.<sup>2</sup> Soweit das Bundesrecht oder dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, richtet sich das Verfahren nach der kantonalen Strafprozessordnung<sup>3)</sup>.**Art. 47a<sup>4)</sup>**Ordnungs-  
bussenverfahren  
1. Grundsatz<sup>1</sup> Übertretungen können in einem vereinfachten Verfahren mit Ordnungsbussen geahndet werden, wenn es sich um einfache und klar erfassbare Tatbestände handelt. Die Ordnungsbusse darf höchstens 500 Franken betragen. Dabei dürfen keine zusätzlichen Kosten erhoben werden.<sup>2</sup> Vorleben und persönliche Verhältnisse des Täters werden im Rahmen des Ordnungsbussenverfahrens nicht berücksichtigt.<sup>3</sup> Bezahlt ein Täter, der nicht in der Schweiz Wohnsitz hat, die Busse nicht sofort, so hat er den Betrag zu hinterlegen oder eine andere angemessene Sicherheit zu leisten.<sup>4</sup> Die Regierung regelt das Nähere in einer Verordnung. Sie erstellt insbesondere eine Liste der Übertretungen, welche durch Ordnungsbussen zu ahnden sind, bestimmt den Bussenbetrag, bezeichnet die zur Erhebung

---

<sup>1)</sup> Nunmehr Amt für Jagd und Fischerei<sup>2)</sup> Fassung gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt<sup>3)</sup> BR 350.000<sup>4)</sup> Einfügung gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

von Ordnungsbussen ermächtigten Jagdaufsichtsorgane und bestimmt deren Pflichten.

**Art. 47b**<sup>1)</sup>

<sup>1</sup> Das Ordnungsbussenverfahren ist ausgeschlossen:

2. Ausnahmen

- a. bei Widerhandlungen, durch die der Täter Personen gefährdet, einen Jagdunfall oder einen Sachschaden verursacht hat;
- b. bei Widerhandlungen, die nicht von einem ermächtigten Jagdaufsichtsorgan selber beobachtet oder festgestellt wurden;
- c. bei Vergehen gemäss eidgenössischer Jagdgesetzgebung;
- d. wenn dem Täter zusätzlich eine Widerhandlung vorgeworfen wird, die nicht in der Bussenliste aufgeführt ist;
- e. wenn der Täter das Ordnungsbussenverfahren ablehnt.

<sup>2</sup> Erfüllt der Täter durch eine oder mehrere Widerhandlungen mehrere Ordnungsbussentatbestände, so werden die Bussen zusammengezählt und es wird eine Gesamtbusse auferlegt. Übersteigt die so bemessene Gesamtbusse den Betrag von 500 Franken, wird für alle Übertretungen statt des Ordnungsbussenverfahrens das ordentliche Strafverfahren gemäss kantonaler Strafprozessordnung<sup>2)</sup> eingeleitet.

<sup>3</sup> Wird das Ordnungsbussenverfahren für eine von mehreren dem Täter vorgeworfenen Übertretungen abgelehnt, werden alle Übertretungen im ordentlichen Strafverfahren beurteilt.

**Art. 47c**<sup>3)</sup>

<sup>1</sup> Mit der Bezahlung wird die Busse unter Vorbehalt von Absatz 3 dieser Bestimmung rechtskräftig.

3. Rechtskraft

<sup>2</sup> Eine Ordnungsbusse kann auch im ordentlichen Strafverfahren ausgesprochen werden.

<sup>3</sup> Stellt eine richterliche Behörde auf Veranlassung einer von der Tat betroffenen Person oder des Täters fest, dass Artikel 47b dieses Gesetzes missachtet wurde, hebt sie die Ordnungsbusse auf und wendet das ordentliche Strafverfahren an.

---

<sup>1)</sup> Einfügung gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

<sup>2)</sup> BR 350.000

<sup>3)</sup> Einfügung gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

**Art. 47d**<sup>1)</sup>

4. Register

<sup>1</sup> Rechtskräftig ausgesprochene Ordnungsbussen sowie die Personalien der Täterin oder des Täters können in einem kantonalen Register erfasst werden.

<sup>2</sup> Die Daten sind spätestens fünf Jahre nach deren Eintrag zu löschen.

**Art. 48**

Nebenstrafe

<sup>1</sup> Die Jagdberechtigung ist vom Richter für die Dauer von mindestens einem und höchstens 10 Jahren zu entziehen:

- a) in den von der Bundesgesetzgebung vorgesehenen Fällen;
- b) wenn der Täter oder Gehilfe erlegtes Wild liegen lässt oder zum Zwecke der Täuschung verändert;
- c) wenn der Täter ein Jagdpatent erschlichen hat;
- d) wenn der Täter wegen einer schweren vorsätzlichen Jagdrechtsübertretung bestraft wird.

<sup>2</sup> Der Entzug der Jagdberechtigung gemäss Absatz 1 litera b, c, und d gilt nur für den Kanton.

**Art. 49**<sup>2)</sup>**Art. 50**<sup>3)</sup>

Nichtabgabe der Abschussliste

Die Nichtabgabe oder die verspätete Abgabe der Abschussliste werden vom Jagdinspektorat nach Massgabe der Bestimmungen über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden mit Busse bis zu 200 Franken geahndet.

**Art. 51**Widerrechtlich erlegtes Wild  
1. Grundsatz

<sup>1</sup> Kann widerrechtlich erlegtes Wild nicht verwertet werden, hat der fehlbare Jäger dem Kanton Wertersatz zu leisten. Der Wertersatz für die einzelnen Wildarten wird von der Regierung festgelegt.

---

<sup>1)</sup> Einfügung gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

<sup>2)</sup> Aufgehoben gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

<sup>3)</sup> Fassung gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

<sup>2</sup> <sup>1)</sup>Der fehlbare Jäger kann verpflichtet werden, das Tier ohne Haupt zu dem von der Regierung festgelegten Wildbretpreis zu übernehmen.

#### Art. 52<sup>2)</sup>

<sup>1</sup> Kann widerrechtlich erlegtes Wild nicht verwertet werden, hat der fehlbare Jäger dem Kanton Wertersatz zu leisten. Der Wertersatz für die einzelnen Wildarten wird von der Regierung festgelegt.

2. Wertersatz

<sup>2</sup> Die Strafbehörde, welche die widerrechtliche Erlegung beurteilt, hat gleichzeitig auch über den Wertersatz zu befinden.

<sup>3</sup> ...<sup>3)</sup>

## XI. Schluss- und Übergangsbestimmungen

#### Art. 53

<sup>1</sup> Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.<sup>4)</sup>

Inkraftsetzung,  
Aufhebung bis-  
herigen Rechts

<sup>2</sup> Auf diesen Zeitpunkt werden das Gesetz über die Jagd und den Wild- und Vogelschutz im Kanton Graubünden vom 4. November 1962, teilrevidiert am 14. Oktober 1973<sup>5)</sup>, sowie die Bestimmungen aller anderen Erlasse, die mit dem vorliegenden Gesetz in Widerspruch stehen, aufgehoben.

<sup>1)</sup> Einfügung gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

<sup>2)</sup> Fassung gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

<sup>3)</sup> Aufgehoben gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

<sup>4)</sup> Die Regierung hat das Inkrafttreten wie folgt geregelt:

1. Das Gesetz über die Jagd und den Wildschutz im Kanton Graubünden vom 4. Juni 1989 wird mit Ausnahme der nachfolgenden Bestimmungen auf den 1. April 1990 in Kraft gesetzt.

2. Art. 7, 8, 13, 28, 46, 48 bis 52 und 54 werden bereits auf den 1. September 1989 in Kraft gesetzt.

Auf diesen Zeitpunkt werden Art. 4, 17 lit. b), c), d), e) und 1) sowie Art. 40 bis 44 des Gesetzes über die Jagd und den Wild- und Vogelschutz im Kanton Graubünden vom 4. November 1962, teilrevidiert am 14. Oktober 1973, aufgehoben

<sup>5)</sup> AGS 1963, 257; AGS 1974, 439; AGS 1986, 1626

**Art. 54**<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Aufgehoben gemäss GRB vom 20. April 2004, 747; B zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts vom 13. Januar 2004, 607; GRP 2003/2004, 766; Mit RB vom 10. August 2004 auf den 1. September 2004 in Kraft gesetzt

## Auszug aus dem geltenden Recht

### Kantonale Jagdverordnung (KJV)

Gestützt auf Art. 11, Art. 20, Art. 30 und Art. 33 des kantonalen Jagdgesetzes<sup>1)</sup>

vom Grossen Rat erlassen am 29. Mai 1998<sup>2)</sup>

---

#### I. Gegenstand und Geltungsbereich

##### Art. 1

Diese Verordnung regelt

Gegenstand

- a) die Grundsätze der Jagdplanung;
- b) die Grundsätze für die Regulierung geschützter Wildarten;
- c) die Wildschadenverhütung und Wildschadenvergütung.

#### III. Sonderjagd

##### Art. 13

<sup>1</sup> Die Regierung erlässt die nötigen Bestimmungen für die Durchführung von Sonderjagden. Sie kann dabei die Gültigkeit des Jagdpatentes auf bestimmte Gebiete beschränken und die Anzahl der Jagdpatente begrenzen.

Jagdbare  
Wildarten

<sup>2</sup> Die Anzahl der zur Teilnahme berechtigten Jäger richtet sich nach der Zahl des zu erlegenden Wildes und nach der Grösse des Jagdgebietes.

##### Art. 14

Die Bejagung geschützter Wildarten richtet sich nach dem Bundesrecht. Zur Teilnahme sind insbesondere erfahrene Jäger zuzulassen. Im übrigen gelten die Bestimmungen gemäss Artikel 13 dieser Verordnung sinngemäss.

Geschützte  
Wildarten

---

<sup>1)</sup> BR 740.000

<sup>2)</sup> B vom 17. Februar 1998, 3; GRP 1998/99, 173

**IV. Wildschadenverhütung und Wildschadenvergütung**

## 1. GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

**Art. 16**<sup>1)</sup>Selbsthilfe-  
massnahmen

<sup>1</sup> Grundeigentümer und Pächter dürfen Füchse, Dachse, Marder und verwilderte Hauskatzen einfangen oder erlegen, wenn diese zu Wohn- und Wirtschaftsgebäuden vordringen oder in diese eindringen.

<sup>2</sup> Ringeltauben, Türkentauben, Amseln, Wachholderdrosseln, Eichelhäher, Elstern, Raben- und Nebelkrähen, Kolkraben, Stare sowie Haus- und Feldsperlinge dürfen nur eingefangen oder erlegt werden, wenn dies zum Schutz von Hausgärten oder landwirtschaftlichen Kulturen notwendig ist.

---

<sup>1)</sup> Vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation mit Entscheid vom 9. September 1998 genehmigt.



